

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE 2019

Ein Bericht der Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)



IMPRESSUM

Herausgegeben vom

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK)
und der Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin),
Gleimstraße 31, 10437 Berlin,
Telefon: 030 / 817 98 58 18,
presse@report-antisemitism.de

1. Auflage,
Berlin 2020

ISSN

2569-8222

V.i.S.d.P.

Bianca Klose, Geschäftsführung
Verein für Demokratische Kultur
in Berlin e.V. (VDK)

Konzept, Redaktion, Satz und Grafik

Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

Lektorat

Barbara Driesen

Bildnachweis

Die Bildrechte verbleiben beim VDK e.V. bzw. auf Seite 52 beim Bündnis Berliner Stadtführer e.V. und auf den Seiten 32, 34, 41, 43 und 60 bei den uns bekannten Fotograf_innen.

RIAS Berlin

ist ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V. und wird gefördert im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. In Berlin – Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung sowie durch die Amadeu Antonio Stiftung.

Urheberrechtliche Hinweise

© Copyright 2020 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nichtkommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber_innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber_innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Haftungsausschluss

Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernimmt die_der Herausgeber_in keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten ist stets die_der jeweilige Anbieter_in oder Betreiber_in der Seiten verantwortlich.

Gender_Gap

Der VDK e.V. benutzt in seinen Texten den Gender_Gap, um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten darzustellen. Der Unterstrich stellt den Zwischenraum für alle Menschen dar, die sich in der Zwei-Geschlechterordnung nicht wiederfinden. Die Schreibweisen in Zitaten wurden beibehalten.

Schutzgebühr

Es wird keine Schutzgebühr erhoben. Anfragende um eine Zusendung per Post bitten wir um eine Erstattung der Portokosten.

Titelseite: Der Buchstabe des hebräischen Alphabets „He“ hat im alphanumerischen Code Gematria einen Zahlenwert von 5. Die Wiederholung und Anordnung zu einem Muster ist inspiriert von antiken Schriftbildnissen, künstlerischer Kalligrafie und funktionaler Typografie.

INHALT

- 2 **IMPRESSUM**
- 4 **ZUSAMMENFASSUNG**
- 8 **BEGRIFFLICHER RAHMEN UND KATEGORIEN**
- 14 **ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN BERLIN 2019**
- 20 **STATISTISCHE ABBILDUNGEN**

28 VORFALLSANALYSEN

- 29 ANGRIFFE
- 32 GEZIELTE SACHBESCHÄDIGUNGEN
- 36 BEDROHUNGEN
- 39 VERLETZENDES VERHALTEN
- 44 VERSAMMLUNGEN
- 48 MASSENZUSCHRIFTEN

50 EXKURS: VORFÄLLE MIT BEZUG AUF RECHTSEXTREMEN TERRORANSCHLAG AN JOM KIPPUR IN HALLE (SAALE)

54 MONITORING-BERICHT 2019 (AUSWAHL)

- 55 „AL NAKBA-TAG“: GEWALT, ISRAEL-DELEGITIMIERUNG UND SCHOA-RELATIVIERUNG
- 57 AUSWERTUNG DES QUDSTAG-MARSCHES 2019
- 61 STÖRUNG DES SERET FILMFESTIVALS, SEPTEMBER 2019
- 62 RUND UM DEN 9. NOVEMBER: ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN BERLIN
- 64 ANTISEMITISCHE REAKTIONEN IN SOZIALEN NETZWERKEN IM KONTEXT DER AKTIONEN DES ZENTRUMS FÜR POLITISCHE SCHÖNHEIT

ZUSAMMENFASSUNG

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) erfasste 2019 insgesamt 881 antisemitische Vorfälle. Hierunter waren 33 Angriffe, 38 gezielte Sachbeschädigungen, 59 Bedrohungen, 648 Fälle verletzenden Verhaltens (darunter 54 Versammlungen) und 103 antisemitische Massenzuschriften. Im Vergleich zum Jahr 2018, in dem es zu einem großen Anstieg der RIAS bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle gekommen war, bedeutet dies einen Rückgang um 19 %.

Die Wahrnehmung der Bedrohung durch Antisemitismus wurde für die jüdischen Communities durch mehrere extreme, prominente Fälle dominiert. So wurden bundesweit drei Fälle extremer antisemitischer Gewalt bekannt, darunter der rechtsextreme Terroranschlag auf die Synagoge in Halle (Saale) an Jom Kippur, am 9. Oktober, und ein Brandanschlag auf das Wohnhaus eines jüdischen Ehepaars in Niedersachsen. Auch der versuchte Angriff auf die Synagoge Oranienburger Straße durch einen Mann mit einem Messer Anfang Oktober führte zu großer Sorge der Communities um ihre Sicherheit. Dieser Umstand steht nicht im Widerspruch zu dem feststellbaren Rückgang bekannt gewordener Vorfälle in Berlin, sondern hebt die Bedeutung dieser schweren Vorfälle für die jüdischen Communities hervor.

Der quantitative Rückgang betraf nicht alle Erscheinungsformen antisemitischer Vorfälle gleichermaßen. So wurde RIAS Berlin eine um 25% geringere Anzahl von Online-Vorfällen wie propagandistische und beleidigende E-Mails gemeldet. Die Zahl der dokumentierten Offline-Vorfälle verringerte sich gegenüber 2018 zwar auch, übertraf jedoch alle Erfassungsjahre zuvor.

Die Anzahl der RIAS Berlin bekannt gewordenen antisemitischen Angriffe sank um 28%. Diese positive Entwicklung umfasst jedoch nicht die Anzahl der Angriffe auf jüdische und als jüdisch wahrgenommene Menschen, die sich gegenüber dem Vorjahr sogar von 19 (2018) auf 25 erhöhte. In geringerem Maße von gewalttätigem Antisemitismus betroffen waren dagegen nicht-jüdische Menschen, wie etwa politische Gegner_innen. Entgegen dem rückläufigen Gesamttrend erhöhte sich zudem die Anzahl antisemitischer Bedrohungen um 28%. Wenn es auch seltener zu verrohten Formen im Umfeld von Kundgebungen und anderen öffentlichen politischen Auseinandersetzungen kam, blieb Antisemitismus 2019 für Jüdinnen_Juden bedrohlich – trotz insgesamt 204 Vorfällen weniger als im Vorjahr.

Knapp zwei Drittel der betroffenen Einzelpersonen waren jüdisch oder wurden als jüdisch adressiert (213), beinahe genauso viele wie im Vorjahr (220). Gegenüber 2018 weniger von Antisemitismus betroffen waren in erster Linie Institutionen wie jüdische und israelische Organisationen oder zivilgesellschaftliche Initiativen: Die Anzahl der gegen sie gerichteten Vorfälle sank um 33%.

Eine geringere Rolle, im Gegensatz zum Vorjahr, spielte israelbezogener Antisemitismus: Die absolute Anzahl der Vorfälle mit entsprechenden Stereotypen halbierte sich beinahe gegenüber dem Vorjahr, der Anteil an der Gesamtzahl betrug 34 %. Entsprechende Themen standen 2019 weniger im Fokus der medialen Öffentlichkeit als 2018 (50 %), als Israel den 70. Jahrestag seiner Gründung feierte und die US-Botschaft in Israel von Tel Aviv-Jaffa nach Jerusalem verlegt wurde. Weiterhin war die antisemitische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Schoa die häufigste inhaltliche Erscheinungsform des Antisemitismus in Berlin.

Vor dem Hintergrund der rückläufigen Gesamtzahlen sticht umso mehr die erhöhte absolute Anzahl der Vorfälle aus dem rechtsextremen Spektrum (251 auf 258) hervor. Mit 29 % (2018: 23 %) können diesem Milieu erneut die meisten Vorfälle zugeordnet werden. Antiisraelischem Aktivismus konnte mit 10 % etwa der gleiche Anteil der Fälle wie im Vorjahr zugeordnet werden, wohingegen in 46 % der Fälle der politische Hintergrund nicht eindeutig einzuordnen war oder nicht genug Informationen vorlagen. Auffällig waren die Folgen der verringerten Aktivität und späteren Selbstauflösung einer Neuköllner maoistischen Politikleinstgruppe: Die absolute Zahl von Vorfällen aus dem linken/antiimperialistischen Spektrum verringerte sich um 70 %, auch wurden RIAS Berlin im Jahr 2019 keine Gewaltvorfälle mehr bekannt.

Unmittelbar nach dem rechtsextremen Anschlag in Halle (Saale), einer für die jüdische Gemeinschaft schwierigen Zeit, kam es zu zusätzlicher Viktimisierung durch zahlreiche weitere Vorfälle mit explizitem Bezug auf den Terrorangriff. Infolge dessen war Oktober, ein in den Vorjahren im Hinblick auf Antisemitismus vergleichsweise „unauffälliger Monat“, derjenige mit den meisten Vorfällen 2019.

BEGRIFFLICHER RAHMEN UND KATEGORIEN

Antisemitische Vorfälle, die RIAS Berlin im Laufe eines Jahres bekannt wurden, werden durch die Mitarbeiter_innen des Projekts im Austausch mit den Meldenden verifiziert und danach systematisch erfasst. Dieses Verfahren erlaubt es, Aussagen über die Gestalt, das Vorkommen und die Entwicklung antisemitischer Vorfälle in Berlin zu treffen. Zunächst werden der hierfür von RIAS Berlin verwendete begriffliche Rahmen sowie die genutzten Definitionen vorgestellt, um so die darauffolgenden Analysen besser nachvollziehbar zu machen. Antisemitische Straftaten werden, genau wie solche Vorfälle, die keinen juristischen Tatbestand erfüllen, gleichermaßen nach den dargestellten Vorfallsarten systematisiert.

Als inhaltlicher Referenzrahmen zur Bewertung antisemitischer Vorfälle dient die von der Bundesregierung empfohlene Arbeitsdefinition Antisemitismus. Diese wurde von zivilgesellschaftlichen Initiativen aus Berlin für den deutschsprachigen Kontext leicht angepasst.¹ Darüber hinaus nutzt RIAS Berlin die 2013 von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) verabschiedete Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust als Orientierung.² Zur Abgrenzung von israelbezogenem Antisemitismus von der Kritik an israelischer Politik orientiert sich RIAS Berlin zudem an der von Natan Sharansky vorgeschlagenen Trias aus Dämonisierung, Delegitimierung und Doppelstandards.³

Antisemitische Vorfälle werden von RIAS Berlin in verschiedenen Kategorien erfasst. Eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Anwendung der Vorkategorie und Auswertungsmethoden findet durch die Bundesarbeitsgemeinschaft des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (Bundesverband RIAS) e.V. statt, der RIAS Berlin angehört. Der Bundesverband RIAS steht hinsichtlich der Kategorien im regelmäßigen Austausch mit dem Community Security Trust (CST) in Großbritannien und wird vom Internationalen Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung (IIBSA) in Berlin sowie dem Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien (MMZ) in Potsdam wissenschaftlich beraten. Mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) tauscht sich RIAS Berlin regelmäßig über aktuelle Entwicklungen aus.

Die Kategorien zur systematischen Erfassung antisemitischer Vorfälle wurden ursprünglich vom CST entwickelt und von RIAS Berlin für den deutschen Kontext angepasst. Als **extreme Gewalt** gelten physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Als **Angriffe** werden

¹ Vgl. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin): Arbeitsweisen. <https://report-antisemitism.de/rias-berlin> (Zugriff am 7.4.2020).

² Ebd.

³ Vgl. Natan Sharansky: 3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization. In: Jewish Political Studies Review 16:3–4 (Herbst 2004). <http://jcpa.org/article/3d-test-of-anti-semitism-demonization-double-standards-delegitimization/> (Zugriff am 7.4.2020).

Vorfälle betrachtet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Diese Kategorie beinhaltet auch den bloßen Versuch eines physischen Angriffs. Unter einer **gezielten Sachbeschädigung** wird die Beschädigung oder das Beschmieren jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern verstanden. Dazu zählt auch die Beschädigung oder Beschmutzung von Erinnerungszeichen und -orten für die Opfer der Schoa, also z.B. Gedenkstätten, Gedenktafeln, Stolpersteinen, sowie von Geschäftsstellen entsprechender Organisationen. Als **Bedrohung** gilt jegliche eindeutige und konkret an eine Person bzw. Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalttaten. Als **verletzendes Verhalten** werden sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen oder Institutionen gefasst, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Personen und Institutionen. Dies gilt auch für online getätigte antisemitische Äußerungen, sofern diese direkt an eine konkrete Person oder Institution adressiert sind. Als verletzendes Verhalten werden ferner antisemitische Beschädigungen oder das Beschmieren nicht-jüdischen Eigentums gewertet. In der Kategorie **Massenzuschrift** werden schließlich antisemitische Zuschriften erfasst, die sich an einen größeren Kreis von Personen richten – meistens handelt es sich hier um Online-Vorfälle.

Zur Projektstätigkeit von RIAS Berlin gehört auch das proaktive Monitoring von Versammlungen auf denen es zu antisemitischen Ausdrucksformen kommt. Es umfasst Vor-Ort-Beobachtungen, Hintergrundanalysen sowie sich daraus ergebende Bewertungen. Im Zuge dieses Monitorings beobachtet RIAS Berlin jedes Jahr zahlreiche Versammlungen. Werden bei Reden, Parolen, auf mitgeführten Transparenten oder im Aufruf antisemitische Inhalte festgestellt, wird die Versammlung als ein Fall von verletzendem Verhalten gewertet. Im Jahr 2019 war dies in Berlin für insgesamt 54 Versammlungen der Fall. Kommt es bei oder am Rand einer Versammlung zu Angriffen oder Bedrohungen, werden diese jeweils als einzelne Vorfälle registriert.

Inhaltlich unterscheidet RIAS Berlin bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus. Im antisemitischen **Otherring** werden Jüdinnen_Juden als fremd oder nicht-dazugehörig beschrieben. Das ist beispielsweise der Fall, wenn jüdische und nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude“ beschimpft werden. Religiös begründete Stereotype sind Teil des **antijudaistischen Antisemitismus**, so etwa im Fall des Vorwurfs, Jüdinnen_Juden seien für den Tod Jesu Christi verantwortlich. Wird Jüdinnen_Juden, etwa im Rahmen von Verschwörungsmythen, eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben, so wird dies als **moderner Antisemitismus** bezeichnet. Der **Post-Schoa-Antisemitismus** bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen abgelehnt wird. Der **israelbezogene Antisemitismus** richtet sich gegen den jüdischen Staat Israel, etwa indem diesem die Legitimität abgesprochen wird.

RIAS Berlin klassifiziert, soweit möglich, den **politischen Hintergrund** des jeweiligen antisemitischen Vorfalles. Dieser ergibt sich entweder aus der Selbstbezeichnung der Personen oder Organisationen oder aus verwendeten Stereotypen, die sich eindeutig einem bestimmten politischen Spektrum zuordnen lassen. Auf Grundlage der dem Projekt vorliegenden Informationen lässt sich der politische Hintergrund zahlreicher Vorfälle jedoch nicht eindeutig bestimmen.

Grundsätzlich unterscheidet RIAS Berlin zwischen folgenden politischen Spektren: Als **rechtsextrem** wird die Gesamtheit von Einstellungen und Verhaltensweisen gefasst, die einerseits auf Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen basieren und die andererseits das Ziel verfolgen, Individualismus zugunsten einer Gesellschaft, die als völkisch, ethnisch oder kulturell homogen wird, zurückzunehmen. Als **rechtspopulistisch** bewertet RIAS Berlin Einstellungen und Politikformen, die auf die Konstruktion einer ethnisch-nationalen Identität auf Basis (kultur)rasistischer Vorurteile abzielen. Auch wenn sich rechtspopulistische Akteur_innen immer wieder versuchen von Rechtsextremen abzugrenzen, sind bei der Betrachtung antisemitischer Vorfälle die Übergänge sowohl auf der Akteur_innenebene, insbesondere aber bei den verwendeten antisemitischen Stereotypen zunehmend schwer auszumachen. Sie werden deshalb auch unter der Kategorie Rechtsextremismus gezählt. Die Kategorie rechtsextremer Vorfälle umfasst auch Akteur_innen, die sich im oben beschriebenen Sinne nicht auf ein deutsches, sondern z.B. auf ein ethnisch-national gedachtes polnisches, ukrainisches oder türkisches Kollektiv beziehen. Als **links/antiimperialistisch** wird ein Vorfall verortet, wenn das Vertreten linker Werte oder die Selbstverortung der Personen oder Gruppen in eine linke Tradition mit einer binären Weltsicht sowie einer – häufig befreiungsnationalistischen – Imperialismuskritik einhergeht. Als **islamistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf Glaubensinhalte oder Symboliken unterschiedlicher Islamverständnisse, darunter auch islamistische, verbunden sind. Einem **verschwörungsideologischen** Milieu werden Gruppen oder Personen zugerechnet, bei denen die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmymen im Vordergrund steht. Diese Personen und Gruppen können mitunter nicht eindeutig in dem herkömmlichen politischen Spektrum verortet werden. Dasselbe gilt für das Milieu des **antiisraelischen Aktivismus**: Hier überwiegt die antiisraelische Motivation der verantwortlichen Personen bzw. Gruppen eindeutig gegenüber einer Positionierung etwa im linken, rechten oder islamistischen Milieu. Zum antiisraelischen Aktivismus zählt RIAS Berlin beispielsweise säkulare palästinensische Gruppen sowie Aktivist_innen, die antisemitische Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat Israel unterstützen. Unter **christlichem Fundamentalismus** werden Einstellungen verstanden, die politisches Handeln auf Grundlage der Treue zur Bibel und/oder kirchlicher Überlieferung zurückführen. Diese Kategorie wurde 2019 eingeführt und dann auch rückwirkend auf 2018 angewandt. Zwar umfasst sie vergleichsweise wenige Fälle, doch unterscheidet sich dieser Hintergrund so deutlich von anderen, dass sich eine eigenständige Einordnung als sinnvoll erwies. Der **politischen Mitte** werden Aktivitäten durch Personen oder Gruppen zugeordnet, die sich weltanschaulich nicht als rechtsextrem oder rechtspopulistisch, links/antiimperialistisch oder religiös-fundamentalistisch positionieren und die für sich zugleich in Anspruch nehmen, eine demokratische Position einzunehmen.

Datengrundlage

Ein großer Teil der hier analysierten Vorfälle wurde RIAS Berlin direkt über die mehrsprachige Meldeseite www.report-antisemitism.de mitgeteilt. Antisemitische Anfeindungen gegen zivilgesellschaftliche, jüdische oder als jüdisch wahrgenommene Organisationen mit Sitz in Berlin werden systematisch abgefragt oder RIAS Berlin gemeldet.

Für mehrere Vorfälle war projekteigenes Monitoring von Medien und Veranstaltungen die Quelle. Darüber hinaus fließen in diesen Bericht auch Erhebungen und Beobachtungen von zivilgesellschaftlichen Projekten und Vereinen wie Berliner Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle, dem Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA) oder dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. (apabiz) ein. Dies trifft auch auf Träger_innen zu, die in den Bereichen Beratung zu und Prävention von Antisemitismus tätig sind, wie die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), die Beratungs- und Interventionsstelle für Betroffene von Antisemitismus Ofek e.V., die Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ReachOut, das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB), das Anne Frank Zentrum (AFZ), die Amadeu Antonio Stiftung und andere. Auch die Statistik antisemitischer Straftaten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes – Politisch Motivierte Kriminalität der Berliner Polizei wurde, bereinigt von Dopplungen und nicht zielgerichteten antisemitischen Propagandavorfällen, berücksichtigt. Weitere Quellen sind parlamentarische Drucksachen auf Landes- und Bezirksebene.

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN BERLIN 2019

Im Jahr 2019 erfasste die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) insgesamt 881 antisemitische Vorfälle. Dabei handelte es sich um 33 Angriffe, 38 gezielte Sachbeschädigungen, 59 Bedrohungen, 648 Fälle von verletzendem Verhalten und 103 antisemitische Massenzuschriften.⁴

In den beiden Jahren zuvor erfasste RIAS Berlin inklusive Nachmeldungen 1.085 (2018) bzw. 955 (2017) antisemitische Vorfälle, entsprechend 204 und 74 Vorfälle mehr. Damit wurden 18,8% weniger Vorfälle als 2018 und 7,7% weniger Vorfälle gegenüber 2017 dokumentiert. Diese Zahlen bedeuten jedoch nur auf den ersten Blick, dass es im Jahr 2019 zu einer Entspannung mit Blick auf den Antisemitismus in Berlin kam: Weiterhin müssen gerade als jüdisch erkennbare Menschen in ihrem Alltag damit rechnen, antisemitisch angefeindet zu werden.

Mit 33 antisemitischen **Angriffen** kam es 2019 zu einem deutlichen Rückgang von über 28,3% gegenüber 2018 (46). Dennoch handelt es sich um die zweithöchste Anzahl von antisemitischen Gewaltvorfällen seit Beginn der Erfassung 2015. Dem generellen Rückgang antisemitischer Gewalttaten stehen einzelne, schwerwiegende Angriffe gegenüber, so dass, auch in der Wahrnehmung der Betroffenen, nicht von einer Entspannung der Situation gesprochen werden kann. Ein Vorfall, der das Sicherheitsempfinden der Berliner jüdischen Community besonders beeinträchtigte, war der durch Sicherheitskräfte abgewendete Angriff auf die Synagoge in der Oranienburger Straße durch einen mit einem Messer bewaffneten Mann einige Tage vor dem rechtsextremen Terroranschlag auf die Synagoge in Halle (Saale).

Verringert hat sich die Anzahl der Angriffe auf politische Gegner_innen, insbesondere vonseiten des links/antiimperialistischen und des verschwörungsideologischen Milieus. Hingegen waren jüdische und als jüdisch wahrgenommene Menschen sogar in höherem Maße als 2018 von Gewaltvorfällen betroffen: Die Anzahl entsprechender Angriffe stieg von 19 (2018) auf 25.

Eine leichte Verringerung gegenüber den Vorjahren (2017: 42; 2018: 43) konnte bei der Anzahl **gezielter Sachbeschädigungen** (38) festgestellt werden. Eigentum jüdischer Einzelpersonen stand dabei etwas weniger im Fokus der Täter_innen als im Vorjahr, vier Vorfälle ereigneten sich jedoch im direkten Wohnumfeld der Betroffenen. Fast drei Viertel der gezielten Sachbeschädigungen waren Ausdruck von Erinnerungsabwehraggression oder anderen Motiven des Post-Schoa-Antisemitismus. Sie richteten sich in den meisten Fällen gegen Erinnerungszeichen wie Stolpersteine, Gedenktafeln oder -stelen.

⁴ Die Kategorien zur systematischen Erfassung antisemitischer Vorfälle werden im Kapitel „Begrifflicher Rahmen und Kategorien“ erläutert, siehe S. 9.

Einen Anstieg um 28,3% verzeichnete RIAS Berlin bei bekannt gewordenen antisemitischen **Bedrohungen**. Erneut gingen vom rechtsextremen Spektrum mit 26 Vorfällen die meisten einem politischen Hintergrund zugeordneten Bedrohungen aus: Das waren 52,9% mehr als 2018 (17). Mit 32 erreichten die meisten der Bedrohungen die Betroffenen über digitale Medien, womit sich der Trend verstärkte, dass es besonders im Internet zu verbalen Aggressionen kommt (2018: 19; 2017: 8). Bei den Bedrohungen im städtischen Raum stellte RIAS Berlin eine geografische Verschiebung weg von Neukölln hin zu Mitte fest.

Beinahe drei Viertel aller antisemitischen Vorfälle in Berlin 2019 waren Fälle des **verletzenden Verhaltens** (73,6%). Die Verringerung von 833 (2018) auf 648 bedeutet einen Rückgang um 22,2%. Besonders deutlich, um 32,5%, war der Rückgang bei Online-Fällen des verletzenden Verhaltens auf 299 gegenüber 443 (2018). Offline verringerte sich die Anzahl um 10,5% von 390 (2018) auf 349, was in etwa dem Niveau des Jahres 2017 entspricht (355). Insgesamt fanden 142 Fälle verletzenden Verhaltens in direkter Interaktion zwischen Täter_innen und Betroffenen statt.

Eine Sonderform der Fälle des verletzenden Verhaltens bilden **Versammlungen**. Insgesamt wurden 54 Veranstaltungen mit antisemitischen Inhalten dokumentiert, sechs mehr als 2018 (48). Insbesondere aus dem verschwörungsideologischen Milieu wurden mehr Veranstaltungen dokumentiert (17; 2018: 4). Das Milieu des antiisraelischen Aktivismus war 2019 mit einem konsequenteren Agieren von Politik und Justiz gegen die „Boycott, Divestment, Sanction“ Kampagne (BDS-Kampagne) konfrontiert, gegen welches sich wiederum mehrere Veranstaltungen richteten.

Einen Rückgang auf 103 gegenüber 117 (2018) gab es bei antisemitischen **Massenzuschriften** (11,9% weniger). Gerade aus dem rechtsextremen Spektrum wurden zahlreiche gewaltverherrlichende E-Mails geschickt, die vor dem Hintergrund rechtsterroristischer Anschläge und Todeslisten zu großer Beunruhigung bei den Betroffenen geführt haben.

Seit Beginn der Erfassung 2015 wurde RIAS Berlin kein Fall von antisemitisch motivierter extremer Gewalt bekannt. Bundesweit wurden 2019 drei solche Fälle bekannt, darunter der bereits erwähnte Anschlag auf die Synagoge in Halle (Saale) am Jom Kippur und eine versuchte Brandstiftung am Haus eines jüdischen Ehepaares in Niedersachsen. Auf die Community in Berlin wirkten diese Fälle stark verunsichernd.

Geografische Verteilung und spezifische Tatorte

Im Jahr 2019 registrierte RIAS Berlin 449 Vorfälle im Berliner Stadtgebiet und 432 Vorfälle, die sich online ereigneten und deshalb keinem Bezirk zugeordnet wurden. Damit übersteigt die Anzahl der erstgenannten Vorfälle diejenige von 2017 (435) leicht, 2018 wurden hingegen 57 Offline-Vorfälle mehr erfasst (insgesamt 506). Deutlicher ist der Rückgang von Vorfällen im Online-Bereich: 2019 wurden 147 Vorfälle weniger als 2018 (579) und 88 weniger als 2017 (520) dokumentiert. Von 2018 auf 2019 fiel die Anzahl der online dokumentierten Vorfälle um 25,4%.

Erneut waren die Bezirke, in denen die meisten geografisch zuordbaren Vorfälle⁵ dokumentiert wurden, Mitte (140) und Charlottenburg-Wilmersdorf (77). In diesen Bezirken erreichte die Anzahl der bekannt gewordenen Vorfälle ein ähnliches Niveau wie im Vorjahr. In den meisten Bezirken kam es zu deutlichen Rückgängen zwischen 20 und 52%. Eine auffällige Ausnahme bildet der Bezirk Pankow, wo sich die Anzahl von 35 (in 2018) auf 40 vergrößerte – und sich gegenüber 2017 (21 Vorfälle) sogar nahezu verdoppelte.⁶ Auf geringerem Niveau kam es in Lichtenberg zu einem deutlichen Anstieg (von 8 auf 18 Vorfälle).

Wie schon in den vergangenen Jahren ereignete sich die Mehrheit der Vorfälle in Berlin an öffentlich zugänglichen Orten wie auf der Straße (163), im öffentlichen Personennahverkehr (72) oder in öffentlichen Grünanlagen (15). Demgegenüber hat sich gegenüber 2018 (41) die Anzahl bekannt gewordener Vorfälle an Bildungseinrichtungen beinahe halbiert (21), wobei gerade bei Vorfällen an Schulen in den Vorjahren das Meldeverhalten durch gezielte Maßnahmen vonseiten des Bildungsensats höher war. Dennoch kam es auch 2019 wieder zu Angriffen und anderen drastischen Vorfällen an Schulen und Universitäten. Auffällig ist zudem die höhere Anzahl der Anfeindungen in und vor Restaurants und anderen gastronomischen Stätten (24; 2018: 18). Nur leicht verringert hat sich die Zahl antisemitischer Vorfälle im direkten Wohnumfeld der Betroffenen (33; 2018: 39).

Betroffene von Antisemitismus

Insgesamt waren 2019 329 Personen und 391 Institutionen von Antisemitismus direkt betroffen. Die Zahl betroffener **Einzelpersonen** verringerte sich gegenüber 2018 (368) um 10,6%, blieb jedoch deutlich über derjenigen von 2017 (218). Die meisten betroffenen Einzelpersonen waren männlich (161), auch 68 Frauen wurden antisemitisch angefeindet. Unter den Betroffenen waren weitere 70 Personen in gemischt-geschlechtlichen Gruppen unterwegs. Bei 30 Personen ist das Geschlecht unbekannt. RIAS Berlin wurden keine Vorfälle mit betroffenen Einzelpersonen anderer geschlechtlichen Identitäten gemeldet.

Deutlich verringert (von 40 auf 19) hat sich 2019 die Anzahl derjenigen, die in konkreten politischen Auseinandersetzungen wie bei Demonstrationen von Angriffen, Bedrohungen und Beschimpfungen betroffen waren. Hier spielte die verringerte Aktivität und spätere Selbstauflösung einer gewalttätigen maoistischen Politkleinstgruppe aus Neukölln eine Rolle, von der in der Vergangenheit immer wieder auch für diese Betroffenengruppe Gefahr ausging.

⁵ Insgesamt 436 Vorfälle wurden keinem Bezirk zugeordnet. Dazu zählen neben vier Vorfällen, bei denen keine ausreichenden geografischen Angaben vorliegen, die 432 Vorfälle im Internet, die RIAS Berlin bekannt wurden.

⁶ Die steigende Anzahl der antisemitischen Vorfälle im Bezirk Pankow wird auch vom Register Pankow bestätigt. Dieses verzeichnet ein stetiges Wachstum des Anteils antisemitischer Vorfälle an den dokumentierten Vorfällen im Bezirk insgesamt: So hat sich der Anteil seit 2016 (4,4%) verdoppelt (2019: 8,9%). Das Register Pankow führt diese Entwicklung auf eine erhöhte Meldebereitschaft infolge der größeren Bekanntheit von RIAS Berlin zurück.

Knapp zwei Drittel der betroffenen Einzelpersonen waren jüdisch oder wurden als jüdisch adressiert (213), beinahe genauso viele wie im Vorjahr (220). Damit ließ sich also 2019 weiterhin kein Ende der Tendenz erkennen, dass Menschen anhand ihrer Einordnung als jüdisch gezielt angefeindet werden.

Mehr als fünf von sechs Vorfällen (84,1 %), bei denen eine **Institution** betroffen war, ereigneten sich online – ein ähnlicher Wert wie im Vorjahr (88,1 %). Die deutlich geringere Anzahl online erfasster Vorfälle kann auch ein Grund sein, weshalb sich die Zahl betroffener Institutionen um beinahe ein Drittel verringerte (2018: 581). Weiterhin waren jüdische und israelische Institutionen am häufigsten von Online-Vorfällen betroffen (272). Erneut haben sich die antisemitischen Anfeindungen gegenüber zivilgesellschaftlichen Einrichtungen verringert, was nicht zuletzt daran liegt, dass antisemitische Propaganda seltener an Organisationen und Vereine verschickt wurde und im größeren Maße an private E-Mail-Adressen.

Inhaltliche Erscheinungsformen

Wie im Vorjahr war die häufigste **inhaltliche Erscheinungsform** des Antisemitismus in Berlin eine Abwehraggression gegenüber der Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen und/oder ein positiver Bezug auf den Nationalsozialismus (Post-Schoa-Antisemitismus, 45,7 % der Fälle). Dagegen spielte mit 33,7 % der Fälle israelbezogener Antisemitismus eine deutlich geringere Rolle als im Vorjahr (49,9 %), als es mit dem 70. Jahrestag der Gründung Israels und der Verlegung der US-Botschaft in Israel von Tel Aviv-Jaffa nach Jerusalem vermehrt Anlässe zu Äußerungen mit antisemitischem Israelbezug gegeben hatte. Insgesamt konnte beobachtet werden, dass unterschiedliche Formen des Antisemitismus (neben Post-Schoa- und israelbezogenem zudem antijudaistischer und moderner Antisemitismus sowie antisemitisches Othing) bei den einzelnen Vorfällen weniger miteinander verschränkt auftraten. Ein Grund hierfür könnte die geringere Anzahl langer antisemitischer Zuschriften sein, in denen eine entsprechend größere Menge Stereotype des Antisemitismus reproduziert werden.

Politische Spektren

Gegenüber dem Vorjahresbericht erfasst RIAS Berlin ab 2019 beim **politischen Hintergrund** als eigenständiges Spektrum christlichen Fundamentalismus, was auch rückwirkend auf 2018 angewandt wurde.⁷ Insgesamt konnten 481 der 881 dokumentierten Fälle politisch zugeordnet werden – damit betrug der Anteil der Fälle, bei denen eine eindeutige Einordnung nicht möglich war, 45,4 % (2018: 49,5 %).

Das politische Spektrum, dem die meisten Vorfälle zugeordnet werden konnten, war mit 29,3 % rechtsextrem. Auffällig ist, dass trotz deutlich rückläufiger Gesamtzahlen die absolute Anzahl rechtsextremer Vorfälle von 251 (2018) auf 258 anstieg. Insgesamt 51 Fälle hiervon

⁷ Siehe dazu das Kapitel „Begrifflicher Rahmen und Kategorien“, S. 11.

wurden dem Rechtspopulismus, zehn weitere Fälle einem nicht-deutschen rechtsextremen Spektrum zugeordnet, etwa polnischem, ukrainischem oder türkischem Nationalismus. Einen klaren Rückgang von 44 (2018) auf 13 gab es bei Vorfällen mit links/antiimperialistischem Hintergrund. Diese Entwicklung zeigt sich nicht zuletzt bei schwerwiegenden Vorfällen: Kam es 2018 noch zu fünf Angriffen und vier Bedrohungen aus diesem Spektrum, wurden 2019 keine Angriffe und eine Bedrohung verzeichnet. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auf die bereits erwähnte verringerte Aktivität der maoistischen Neuköllner Politikleinstgruppe zurückzuführen, die gerade in innerlinken Auseinandersetzungen häufig antisemitisch agierte.

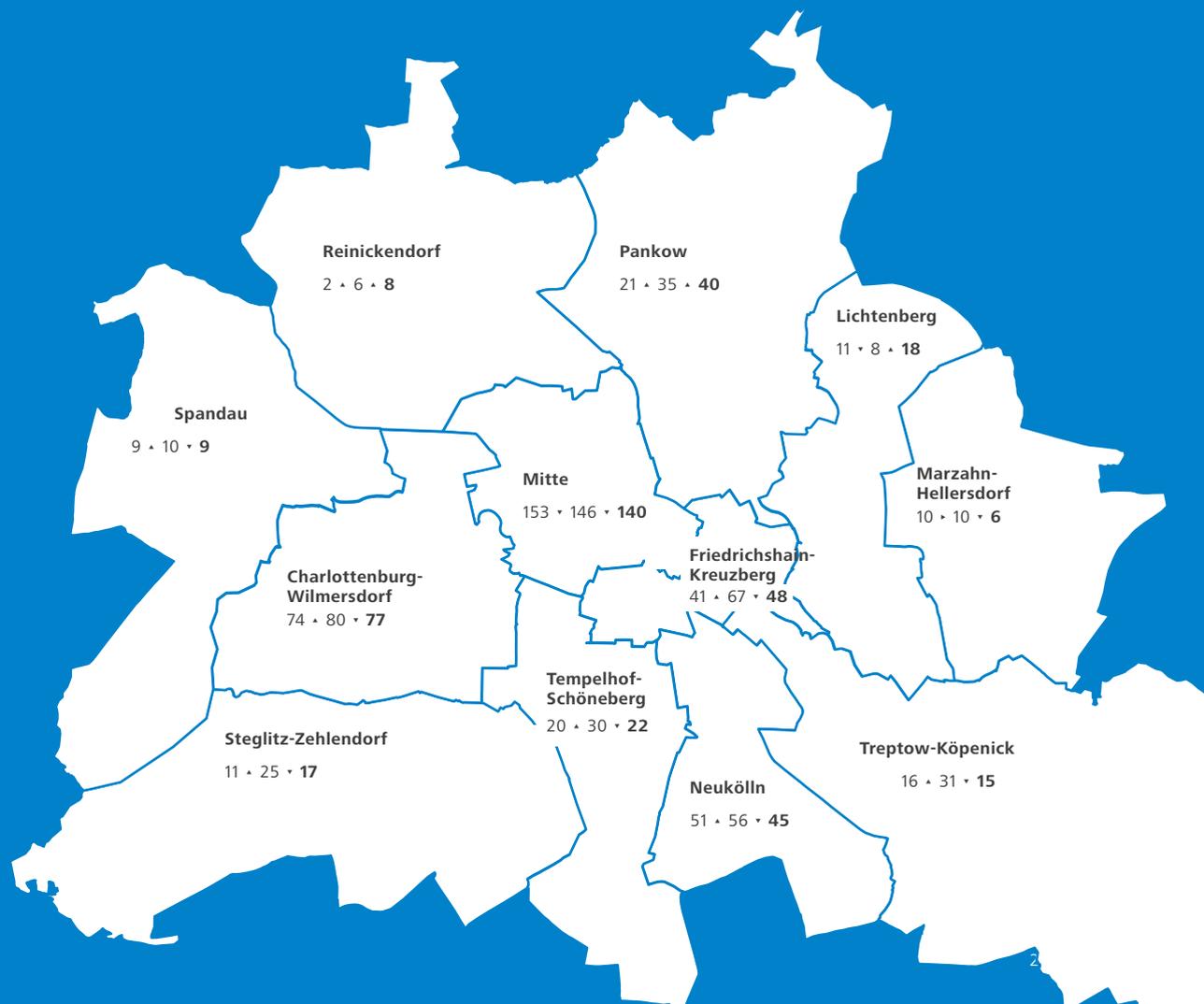
Das politische Spektrum, dem die zweitmeisten Vorfälle zugeordnet werden konnten, war wie 2018 antiisraelischer Aktivismus. Bei in etwa gleichbleibenden Anteilen (9,8%; 2018: 9,5%) gab es in absoluten Zahlen einen Rückgang von 103 (2018) auf 86 Vorfälle im Jahr 2019. RIAS Berlin wurden vier Angriffe bekannt, die dieses politische Motiv verfolgten.

Dem islamistischen Hintergrund wurden erneut vergleichsweise wenige Vorfälle zugeordnet (11; 2018: 19). Hierunter ist jedoch auch der bereits erwähnte prominente versuchte Angriff auf die Synagoge in der Oranienburger Straße, der gemeinsam mit dem rechtsextremen Terroranschlag in Halle (Saale) einige Tage später zu einer großen Sorge der Community um ihre Sicherheit führte.

Neben den Aktivitäten, die in die Statistik antisemitischer Vorfälle eingegangen sind, hat RIAS Berlin 57 weitere Meldungen erhalten, die nicht als antisemitische Vorfälle im Sinne der oben aufgeführten Kategorien eingestuft wurden, sowie 15 Meldungen, die nicht verifiziert werden konnten.

STATISTISCHE ABBILDUNGEN

Vorfälle nach Berliner Bezirken 2017–2019



Internet
520 · 580 · 432

Unbekannt
16 · 1 · 4

nach Kategorien 2017–2019

| Jahr | 2017 | 2018 | 2019 |
|-----------------------------|------------|--------------|------------|
| Angriffe | 18 | 46 | 33 |
| Gezielte Sachbeschädigungen | 42 | 43 | 38 |
| Bedrohungen | 26 | 46 | 59 |
| Verletzendes Verhalten | 684 | 833 | 648 |
| Massenzuschriften | 185 | 117 | 103 |
| Gesamt | 955 | 1.085 | 881 |

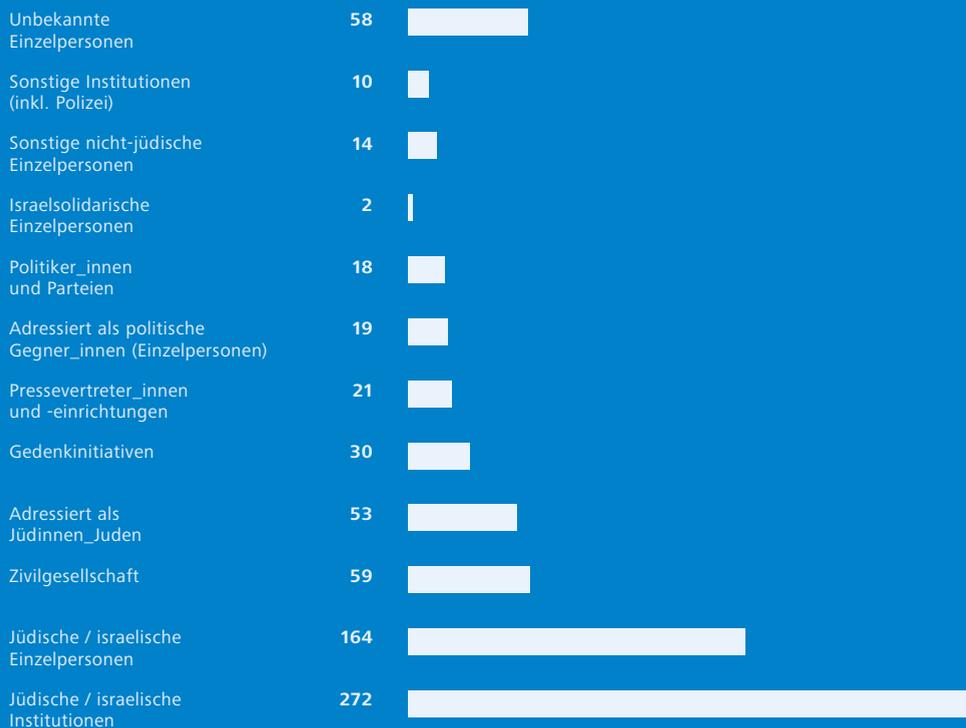
nach Monaten 2017–2019

| Jahr | 2017 | 2018 | 2019 |
|-----------|------|------|------|
| Januar | 68 | 78 | 72 |
| Februar | 88 | 91 | 82 |
| März | 77 | 56 | 69 |
| April | 98 | 106 | 80 |
| Mai | 100 | 163 | 73 |
| Juni | 84 | 85 | 79 |
| Juli | 70 | 136 | 66 |
| August | 67 | 121 | 90 |
| September | 73 | 84 | 65 |
| Oktober | 44 | 58 | 99 |
| November | 61 | 75 | 59 |
| Dezember | 112 | 32 | 47 |
| Unbekannt | 13 | 0 | 0 |

Betroffene Institutionen und Einzelpersonen 2017–2019

| Jahr | 2017 | 2018 | 2019 |
|----------------|------|------|------|
| Institutionen | 538 | 579 | 391 |
| Einzelpersonen | 218 | 368 | 329 |

Betroffenengruppen 2019

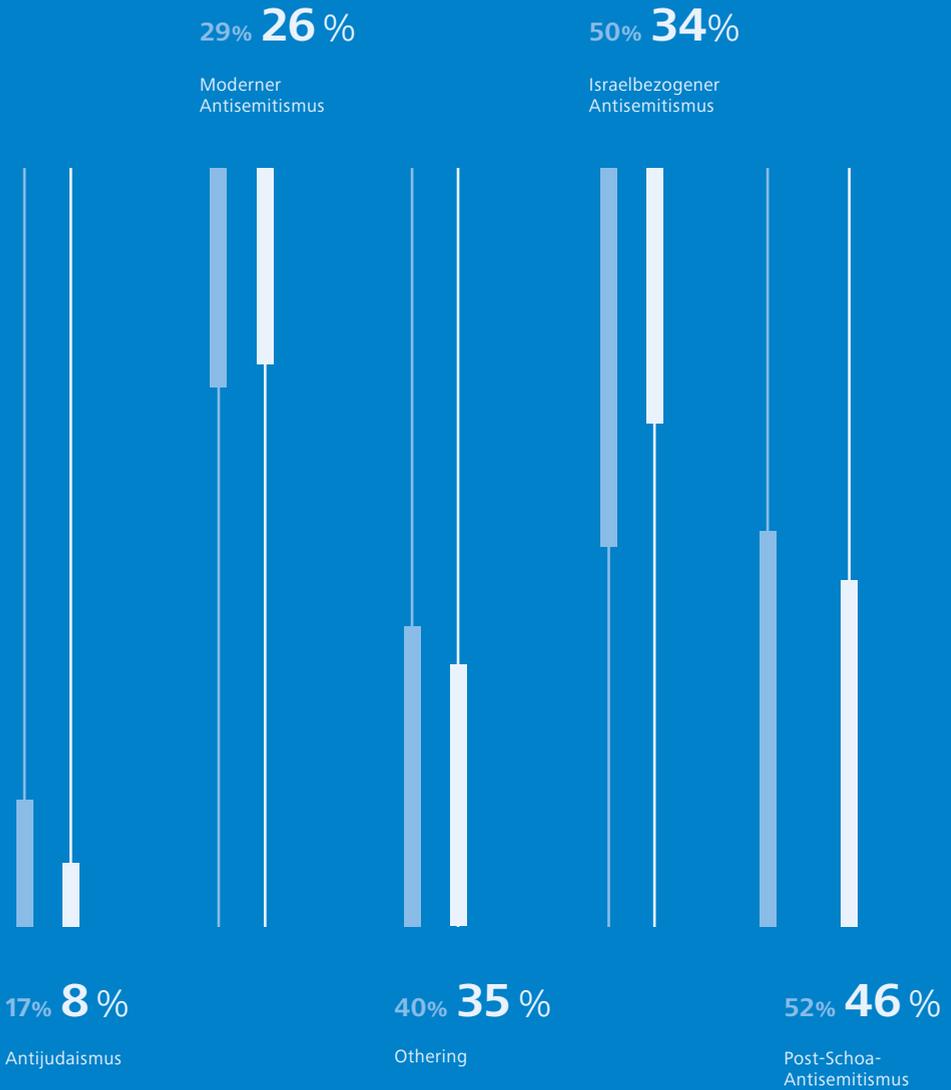


Offline Tatorte 2019



Erscheinungsformen 2018 und 2019

Mehrfache Bezugnahmen sind möglich. Zu den begrifflichen Erläuterungen siehe S. 10



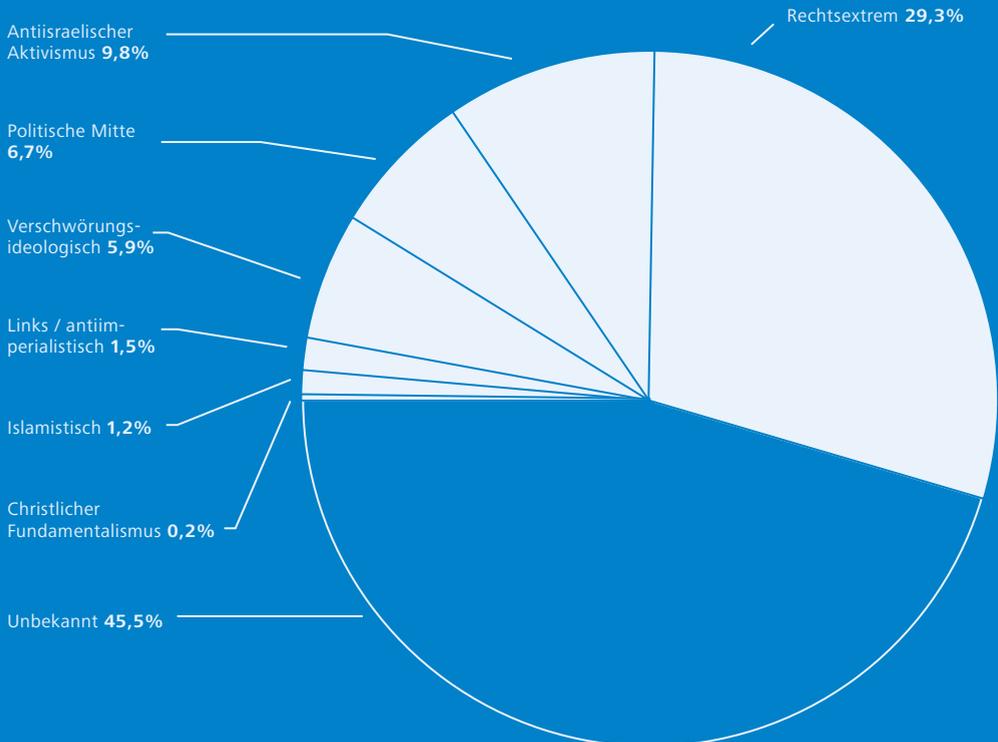
Politischer Hintergrund Vergleich 2018 und 2019

Zu den begrifflichen Erläuterungen
siehe S. 11.

| Jahr | 2018 | 2019 |
|-------------------------------|------------------|------------------|
| Christlicher Fundamentalismus | 7 | 2 |
| Islamistisch | 19 | 11 |
| Links/antiimperialistisch | 44 | 13 |
| Verschwörungsideologisch | 62 | 52 |
| Politische Mitte | 62 | 59 |
| Antisraelischer Aktivismus | 103 | 86 |
| Rechtsextrem | 251 ¹ | 258 ² |
| Unbekannt | 537 | 400 |

¹ Diese Zahl umfasst 57 rechtspopulistische Vorfälle.

² Diese Zahl umfasst 51 rechtspopulistische und 10 nicht-deutsche rechtsextreme Vorfälle.



VORFALLSANALYSEN

ANGRIFFE

Als **Angriff** wird jeder körperliche Angriff auf eine oder mehrere Personen gewertet, der nicht lebensbedrohlich ist und keine starken körperlichen Schädigungen nach sich zieht. Darunter fallen auch versuchte Angriffe, also Fälle, in denen es den Betroffenen gelingt, sich dem Angriff durch Verteidigung oder Flucht zu entziehen. Als Angriff wird auch das Werfen von Gegenständen (etwa Steine, Flaschen etc.) betrachtet, auch wenn diese ihr Ziel verfehlen.⁸

RIAS Berlin dokumentierte 2019 insgesamt 33 antisemitische Angriffe. Damit verringerte sich die Anzahl gegenüber dem Vorjahr, als 46 Angriffe dokumentiert wurden, um 28,3 %, blieb aber dennoch deutlich über den Werten der Erfassungsjahre 2015–2017, als 23, 18 und 18 Angriffe verzeichnet wurden. Insbesondere der versuchte Angriff auf die Synagoge in der Oranienburger Straße Anfang Oktober dominierte die Sichtweise der jüdischen Community auf die Bedrohung durch antisemitische Gewalt.

Von diesen Angriffen waren 38 Personen betroffen (2018: 86), davon mindestens 5 Kinder und Jugendliche jünger als 18 Jahre. Unter den Betroffenen waren 31 Männer und 5 Frauen. Bei zwei Betroffenen war das Geschlecht nicht bekannt. RIAS Berlin hat keine Kenntnis von Betroffenen mit anderen geschlechtlichen Identitäten. In 26 Fällen richteten sich die Angriffe gegen eine einzelne Person, in 6 gegen Zweiergruppen.

Die meisten durch RIAS Berlin dokumentierten antisemitischen Angriffe (25; 2018: 19) richteten sich gegen jüdische, israelische oder als jüdisch adressierte Personen. Von ihnen waren 30 Personen betroffen, mehr sogar noch als 2018 (26). Der Anteil dieser Betroffenen an der Gesamtzahl erhöhte sich damit von 30,2% auf 78,9%. In mehreren Fällen bildete die bloße Identifikation der Betroffenen als jüdisch für die Täter_innen den Angriffsanlass. Dagegen waren politische Gegner_innen und israelsolidarische Einzelpersonen in wesentlich geringerem Maße von antisemitischen Angriffen betroffen: Handelte es sich 2018 noch um 43 Personen, die im Kontext einer konkreten politischen Auseinandersetzung antisemitisch angegriffen wurden, waren es 2019 noch vier Betroffene. Bekannt ist RIAS Berlin zudem je ein Angriff auf zwei Einzelpersonen mit unbekanntem Hintergrund, auf eine nicht-jüdische Einzelperson, auf eine jüdische Institution (die Synagoge in der Oranienburger Straße) und auf eine_n Polizeibeamt_in.

⁸ In Abgrenzung hierzu werden physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen, als „extreme Gewalt“ erfasst. 2019 wurden bundesweit drei Fälle von extremer Gewalt bekannt, alle außerhalb Berlins.

Auch 2019 fanden die meisten erfassten antisemitischen Angriffe in öffentlichen Räumen wie auf offener Straße (10), im ÖPNV (6) oder in öffentlichen Grünanlagen (2) statt. Angestiegen ist die Anzahl der Angriffe im unmittelbaren Wohnumfeld der Betroffenen auf vier (2018: 2), darunter zwei Angriffe gegen erkennbar jüdische Personen.

Von den 33 durch RIAS Berlin registrierten Angriffen, verteilen sich 24 gleichmäßig auf vier Bezirke: Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte und Pankow (jeweils 6). Auffällig ist ein starker Anstieg in Pankow, einem Bezirk, der im Zeitraum 2017/2018 nur einen Angriff zu verzeichnen hatte. Dagegen gab es starke Rückgänge in Mitte (2018: 16) und Neukölln (2; 2018: 6). Gerade der Rückgang in Mitte, einem Bezirk, in dem aufgrund der Vielzahl repräsentativer Orte jedes Jahr zahlreiche Kundgebungen stattfinden, deutet auf eine geringere Gewaltförmigkeit politischer Auseinandersetzungen hin: Im Umfeld von Demonstrationen und Aufmärschen kam es zu einer vergleichsweise geringen Anzahl von Angriffen (3).

Wie schon im Vorjahr spielte antisemitisches Oothering, bei dem die Betroffenen (unabhängig von ihrem Hintergrund) als Jüdinnen_Juden und damit als „anders“ markiert wurden, eine zentrale Rolle für die Motivation der Täter_innen: In 23 Fällen (69,7% der Angriffe) fand eine solche Markierung statt (2018: 25). Verringert hat sich sowohl die Anzahl der durch israelbezogenen (8; 2018: 18) und Post-Schoa-Antisemitismus (3; 2018: 8) legitimierten Angriffe. Auf Stereotype des modernen und antijudaistischen Antisemitismus nahmen die Angreifenden 2019 keinen Bezug, wobei in vier Fällen keine ausreichenden Angaben für die Einordnung vorliegen.

Lediglich zehn der Angriffe konnten eindeutig einem politischen Spektrum zugeordnet werden. Dabei handelte es sich um jeweils vier Angriffe aus dem rechtsextremen Milieu und aus dem Bereich des antiisraelischen Aktivismus. Zwei Angriffe waren einem islamistischen Hintergrund zuzurechnen.

Auffällig ist, dass 2019 weder dem links/antiimperialistischen noch dem verschwörungsideologischen Milieu Angriffe zugeordnet werden konnten. 2018 gingen die meisten von RIAS Berlin erfassten und politisch eingeordneten antisemitischen Angriffe auf diese beiden Milieus zurück (jeweils 5). Die Rückgänge erklären sich vorwiegend mit einer jeweils reduzierten oder eingestellten Aktivität von Personen aus diesen Kreisen. Dies betrifft zum einen die bereits erwähnte Anfang Juni aufgelöste maoistische Kleinstgruppe. Zum anderen richteten sich gegen Kritisierende von Antisemitismus 2018 mehrere Angriffe aus dem verschwörungsideologischen Spektrum, für die eine einzelne Person verantwortlich war: Diese hatte in den vergangenen Jahren im gesamten Stadtgebiet verschwörungsideologische Schilder mit antisemitischen Codes gezeigt. Auch diese Person war 2019 weniger aktiv. Anfang November wurde sie schließlich festgenommen. Die Staatsanwaltschaft Berlin ordnete ihre dauerhafte Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus an.

Insgesamt lässt sich der Rückgang der Zahl von RIAS Berlin erfasster Angriffe auf eine geringere Anzahl antisemitisch motivierter Fälle gewalttätiger Auseinandersetzung mit (vorgebli-

chen) politischen Gegner_innen zurückführen. Demgegenüber steht die Kontinuität des Antisemitismus bei zufälligen Begegnungen zwischen Personen, die in keinem erkennbaren Verhältnis zueinander stehen: Menschen, die als jüdisch wahrgenommen wurden, waren sogar im größeren Maße von antisemitischer Gewalt betroffen. Trotz rückläufiger Gesamtzahlen kann also nicht von einer entspannteren, weniger aggressiven Situation im Vergleich zum Vorjahr gesprochen werden: Jüdische Berliner_innen müssen weiterhin damit rechnen, in einer beliebigen alltäglichen Situation mit potenziell gewalttätigem Antisemitismus konfrontiert zu werden.

Beispiele für Angriffe

Mitte, 8. Januar: In einem Bus trat ein Mann von hinten an die Betroffene heran, die alleine in der Nähe der Tür saß. Zwischen den beiden hatte es vorher keinerlei Interaktion gegeben, die Betroffene hatte zuvor auf Hebräisch telefoniert. Der Mann zog ihr von hinten ihre Mütze und die Haare gewaltvoll ins Gesicht, so dass die Betroffene beinahe von ihrem Sitz fiel und, als sie sich wieder aufsetzte, das wütende Gesicht des Mannes wenige Zentimeter von ihrem entfernt vorfand.

Pankow, 17. Juni: Ein junger Mann mit Kippa und seine Mutter gingen spät abends mit ihrem Hund spazieren, als die beiden von einem Mann überholt wurden. Der Mann redete aggressiv auf Arabisch auf den Betroffenen ein, u.a. beschimpfte er ihn als „Yahudi“ (arab. „Jude“). Auch verstand der Betroffene das Wort „falastini“ (arab. „Palästinenser“ oder „palästinensisch“). Danach spuckte der Mann in Richtung des Betroffenen, wobei dieser ausweichen konnte. Den Protest der Mutter ignorierte er, drehte sich aber im Weggehen noch einmal um und sagte erneut etwas in aggressivem Ton.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 26. Juli: Zwei Männer beschimpften aus dem Fenster einer Wohnung einen Rabbiner, der in Begleitung eines seiner Kinder war, als „Jude, Jude“. Kurz darauf spuckten die beiden Täter mehrmals in Richtung der Betroffenen und riefen weitere Drohungen in arabischer Sprache. Der Betroffene setzte nun seinen Weg schneller fort und musste dabei weiterhin die Tiraden der Täter anhören. Es fiel auch die Parole „Freiheit für Palästina“.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 13. August: Zwei Männer beschimpften von hinten einen Vertreter der Berliner Zivilgesellschaft, der aufgrund seiner Kleidung als orthodoxer Jude erkennbar war, auf Arabisch, und stießen ihn. Der Betroffene fiel nach vorn und verletzte sich am Kopf und an den Beinen. Als er aufblickte, hatten sich die Täter bereits entfernt.

Pankow, 28. Oktober: Der 70-jährige jüdische Betroffene wurde beim Spaziergehen mit seinem Hund von einem Mann, den er in der Nachbarschaft schon mehrmals gesehen hatte, angesprochen und antisemitisch beschimpft: „Was guckst Du mich an, jüdisches Arschloch.“ Der Betroffene antwortete, „Selber Arschloch“. Daraufhin schlug der Mann auf den Betroffenen ein und verwundete ihn an Kinn und Kopf. Der Betroffene schlug in Notwehr zurück, rutschte aber aus und fiel auf den Boden. Zu diesem Zeitpunkt lief eine Frau, vermutlich aus einem nahegelegenen Haus, herbei. Der Mann ließ daraufhin von dem Betroffenen ab und entfernte sich.

Mitte, 4. Oktober: Ein Mann war mit einem Messer in der Hand über die Absperrung vor der Synagoge Oranienburger Straße geklettert und bewegte sich auf die dort postierten Mitarbeiter des Objektschutzes zu. Dabei rief er mehrere Dinge auf Arabisch, zu vernehmen waren die Worte „Allahu Akbar“ und „Israel“. Die Objektschützer zogen daraufhin ihre Dienstwaffen und forderten den Mann auf stehenzubleiben. Dem folgte der Mann, bewegte sich nicht mehr und war über einen längeren Zeitraum auch nicht ansprechbar. Hinzugerufene Polizist_innen nahmen ihn fest.

Mitte, 2. November: Ein Israeli sprach in der U8 auf Hebräisch eine Sprachnachricht in sein Telefon. Darauf reagierten drei junge Erwachsene, die direkt neben ihm saßen, und sprachen auf Arabisch offensichtlich über den Betroffenen. Dieser wollte am Alexanderplatz aufsteigen, als einer der Männer ihn im aggressiven Ton mit „Yahud“ ansprach und seinen linken Arm festhielt. Der Betroffene konnte sich losreißen und fing an zu laufen. Als er bemerkte, dass die drei Männer ihn verfolgten und sich ihm näherten, sprang er in eine wartende Bahn. Eine Person fragte ihn, wie es ihm gehe, da er so außer Atem war.



HIER WOHNT
JOSEPH MANNHEIM
geb. 1809
MUSEUM

GEZIELTE SACHBESCHÄDIGUNGEN

Als **gezielte Sachbeschädigungen** werden antisemitische Graffiti oder Symbole, das Anbringen antisemitischer Aufkleber oder Plakate sowie sonstige Beschädigungen jüdischen bzw. als jüdisch wahrgenommenen Eigentums gewertet. Auch Beschädigungen von Schoa-Gedenkortern gelten als antisemitische Sachbeschädigungen.

Im Jahr 2019 wurden von RIAS Berlin 38 Fälle gezielter antisemitischer Sachbeschädigung registriert, eine leichte Verringerung gegenüber dem Niveau der vergangenen zwei Jahre (2018: 43; 2017: 42). Die räumliche Verteilung der Vorfälle hat sich im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig geändert. Die Zahl erfasster Sachbeschädigungen dieser Art war im Bezirk Mitte mit 13 Fällen weiterhin am höchsten und blieb im Vergleich mit 2018 konstant (12; 2017: 21). In Charlottenburg-Wilmersdorf kam es zu einem geringfügigen Anstieg mit neun Fällen (2018: 7; 2017: 1), ebenso in Pankow (2019: 7; 2018 und 2017 je 4). Eine Abnahme auf drei Fälle war dagegen in Friedrichshain-Kreuzberg (2018: 9; 2017: 1) zu verzeichnen. In Treptow-Köpenick wurden keine Vorfälle dieser Art dokumentiert (2018: 4; 2017: 3).

In sechs Fällen, die RIAS Berlin bekannt wurden, waren jüdische Institutionen oder zivilgesellschaftliche Projekte von den gezielten Sachbeschädigungen betroffen, vier Fälle weniger als im Vorjahr. Sachbeschädigungen gegen das Eigentum von Einzelpersonen gingen mit sechs Fällen im Vergleich zum Vorjahr leicht zurück (2018: 9; 2017: 3). Allerdings fanden diese in vier Fällen im direkten Wohnumfeld statt, was für die Betroffenen besonders bedrohlich war. Die gezielten Sachbeschädigungen gegen Stolpersteine für jüdische Opfer des Nationalsozialismus oder andere Gedenkeichen lagen 2019 mit 21 Fällen etwa auf dem Niveau von 2018 (2018 19; 2017: 32). In drei Fällen waren jüdische Friedhöfe betroffen. Ebenfalls dreimal wurde eine gezielte antisemitische Sachbeschädigung in einer Bildungseinrichtung dokumentiert.

- ◀ Beschädigter Stolperstein für Joseph Mannheim, Mitte, 16. April



Insgesamt stieg die Zahl der von RIAS Berlin dokumentierten gezielten antisemitischen Sachbeschädigungen mit Bezug zu Israel im Vergleich zum Vorjahr an – von 9 Fällen im Jahr 2018 auf 14 Vorfälle 2019. Der inhaltlichen Kategorie des Post-Schoa-Antisemitismus wurde mit 27 die meisten gezielten Sachbeschädigungen zugeordnet. Hierzu zählt auch ein Grafito am Denkmal für die ermordeten Juden Europas mit Bezug zum rechtsextremen Terroranschlag auf die Synagoge in Halle (Saale) an Jom Kippur.

Wenig überraschend für diese Vorfallsart konnten nur sechs gezielte Sachbeschädigungen durch RIAS Berlin einem politischen Hintergrund zugeordnet werden, darunter vier dem rechtsextremen und je eine dem links/antiimperialistischen Milieu bzw. dem des antiisraelischen Aktivismus.

- ◀ Vorherige Seite: Abgebrannter Rest der Israel-Flagge neben dem Foto der ermordeten Israelin Dalia Elyakim am Gedenkort für die Opfer des terroristischen Anschlags am Breitscheidplatz, Charlottenburg, 10. Mai.

Beispiele für gezielte Sachbeschädigungen

Charlottenburg-Wilmersdorf, 25. Februar: Eine Gedenkstele für die Opfer des „Generalplans Ost“ am ehemaligen Standort des zuständigen „Reichskommissariats für die Festigung des deutschen Volkstums“ wurde beschädigt. Die Glasoberfläche der Stele wurde eingeschlagen.

Mitte, 16. April: Der Stolperstein für Joseph Mannheim in der Schillingstraße wurde beschädigt: Es wurde versucht, das Metall vom darunterliegenden Pflasterstein abzuziehen.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 10. Mai: Am Gedenkort für die Opfer des terroristischen Anschlags am Breitscheidplatz wurde eine Israel-Fahne, die neben dem Bild der israelischen Ermordeten Dalia Elyakim stand, verbrannt. Eine beim Berliner Israeltag anwesende Person bemerkte, dass die aus Stoff bestehende Fahne bis auf den Stiel abgebrannt war. Sie wurde später durch zwei neue Papierfähnchen ersetzt. Am selben Abend wurde die Vase jedoch umgekippt vorgefunden und die Fähnchen fehlten.

Pankow, 31. Mai: Auf dem Jüdischen Friedhof Berlin-Weißensee wurden zum wiederholten Mal Beschädigungen festgestellt: Sieben Grabsteine waren umgekippt und fünf Familiengräber beschädigt worden. Erst zwei Tage zuvor waren am selben Friedhof drei Grabsteine umgestoßen vorgefunden.

Mitte, 6. September: Am Briefkasten einer jüdischen Frau wurde ein Hakenkreuz eingeritzt.

Lichtenberg, 15. September: Ein an einer Litfaßsäule angebrachtes Plakat des Jüdischen Filmfestivals Berlin & Brandenburg (JFBB) wurde mit dem Kürzel der rechtsextremen Terrorgruppe „Combat 18“ überschrieben.

Mitte, 15. Oktober: Eine Informationstafel am Denkmal für die ermordeten Juden Europas wurde beschädigt vorgefunden. Jemand hatte die Verglasung der Tafel durch Erhitzen beschädigt.

Mitte, 15. Oktober: Auf eine Stele des Denkmals für die ermordeten Juden Europas wurde als Zeichen der Solidarität mit dem Attentäter des rechtsextremen Terroranschlags in Halle (Saale) „Free Stepi“ geschmiert.

Tempelhof-Schöneberg, 14. Dezember: Am Denkmal für NS-Opfer am Kaiser Wilhelm-Platz, das aus Schildern mit Namen von Konzentrationslagern besteht, wurde das Schild zu Flossenbürg beschmiert.

BEDROHUNGEN

Als **Bedrohung** gilt jede eindeutige und konkret adressierte schriftliche oder verbale Drohung. Die Eindeutigkeit ergibt sich aus der direkten oder indirekten Androhung von Gewalt gegen Personen, Personengruppen oder Gegenstände. Die konkrete Adressierung ist gegeben, wenn die Bedrohung sich gegen eine bestimmte Person, eine bestimmte Personengruppe oder eine bestimmte Institution richtet.

Die Tendenz des letzten Jahres setzt sich auch 2019 fort: Die Anzahl der durch RIAS Berlin erfassten antisemitisch motivierten Bedrohungen in Berlin ist 2019 im Vergleich zum Vorjahr mit 59 Vorfällen noch einmal um 28,3% gestiegen (2018: 46; 2017: 26). Mehr als die Hälfte (32) aller gemeldeten Bedrohungen fand dabei im Internet statt. Die Anzahl der Online-Bedrohungen ist demnach gegenüber dem Vorjahr um 68,4% angestiegen: 2018 waren es 19, 2017 noch 8. Von den 32 Bedrohungen, die ihre Adressat_innen über das Internet erreichten, erfolgten die meisten per E-Mail. Sie wurden keinem konkreten Bezirk von Berlin zugeordnet.

Insgesamt erfolgten dabei 17 Bedrohungen von Angesicht zu Angesicht, 5 postalisch, 3 telefonisch oder per SMS und eine mittels eines Graffito (bei einer weiteren Bedrohung liegen keine Angaben vor). Davon gingen fünf in Geschäftsstellen jüdischer oder als jüdisch wahrgenommener Einrichtungen ein, vier fanden im Wohnumfeld statt, jeweils drei im Umfeld von Synagogen und gastronomischen Einrichtungen. Jeweils zweimal wurden Personen entweder auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln oder in Gewerbestätten antisemitisch bedroht.

Im Bezirk Mitte wurden 8 der 27 von RIAS Berlin einem Bezirk zugeordneten Bedrohungen dokumentiert (2018: 4; 2017: 6). In Neukölln wurden 2019 vier Bedrohungen gemeldet, während 2017 und 2018 hier noch die meisten Bedrohungen dokumentiert wurden (6 bzw. 8). Damit änderte sich die räumliche Verteilung der gemeldeten Bedrohungen im Vergleich zum Vorjahr klar. Jeweils vier Bedrohungen sind 2019 für Charlottenburg-Wilmersdorf (2018: 5; 2017: 0) und Friedrichshain-Kreuzberg (2018: 2; 2017: 1) dokumentiert.

Von den erfassten Bedrohungen waren 2019 in 13 Fällen jüdische bzw. israelische Institutionen oder zivilgesellschaftliche Projekte betroffen.⁹ Dies ist mehr als eine Verdopplung im Vergleich zum Vorjahr (2018 und 2017 jeweils 6). Weitere Bedrohungen richteten sich gegen 30 Männer und 9 Frauen sowie in zwei Fällen gemischte Gruppen von 2 oder mehr Personen (in 2 Fällen ist das Geschlecht unbekannt, es ist kein Fall mit Betroffenen mit anderen geschlechtlichen Identitäten bekannt). In mindestens 16 Fällen waren die Betroffenen anhand hebräischer Sprache, religiöser Symbole oder durch Kleidungsstücke, die dem Judentum zugeordnet wurden, als jüdisch erkennbar, oder es war den Täter_innen bekannt, dass sie jüdisch sind. Insgesamt waren 21 jüdische oder israelische Personen betroffen. Weiterhin wurden 2 Personen aufgrund ihres politischen Engagements in einer konkreten Auseinandersetzung bedroht, und 13 Personen, die als jüdisch oder israelisch adressiert wurden, es aber nicht sind bzw. sich selbst nicht so einordneten.

Bei 33 der registrierten Bedrohungen identifizierte RIAS Berlin einen politischen Hintergrund. Mit 26 Fällen hatte die Mehrheit der Bedrohungen einen rechtsextremen Hintergrund. Der Großteil (22 von 26) der rechtsextremen Bedrohungen erreichte seine Adressat_innen über das Internet. Hierzu gehörten auch vier Rundmails einer rechtsextremen Gruppierung, die unter dem Namen „Staatsstreicherorchester“ auftrat und Massenmorde an jüdischen und muslimischen Menschen ankündigte, aber auch konkrete Politiker_innen und Vertreter_innen der Zivilgesellschaft bedrohte. Diese E-Mails richteten sich an einen sehr breiten Adressat_innenkreis und hatten auf diesen durch kinderpornografische und gewaltverherrlichende schriftliche und visuelle Inhalte eine extrem verstörende und verunsichernde Wirkung. Insgesamt dokumentierte RIAS Berlin 28 solcher Rundmails und stufte sie da, wo sie ihre Adressat_innen nicht konkret bedrohten, als Massenzuschriften ein. Jeweils eine Bedrohung hatte einen islamistischen (2018: 7), verschwörungsideologischen (2018: 1) oder einen links/antiimperialistischen Hintergrund (2018: 4). Damit ist für das Jahr 2019 ein deutlicher Rückgang solcher Taten vonseiten des islamistischen und links/antiimperialistischen Milieus festzustellen. Ein Anstieg musste dagegen aus dem Milieu des antiisraelischen Aktivismus verzeichnet werden: Während 2018 noch lediglich ein Vorfall aus diesem Milieu gemeldet worden war, waren es 2019 fünf.

In über der Hälfte der Bedrohungsfälle (33) wurden wie im Vorjahr Formen des antisemitischen Otherings verwendet, in 26 Fällen Stereotype des Post-Schoa-Antisemitismus. Dem modernen Antisemitismus ließen sich Stereotype zuordnen, die im Rahmen von 15 Bedrohungen aufgerufen wurden. Etwas mehr als ein Fünftel der Vorfälle (13) wies einen Israel-Bezug auf. Auffällig ist, dass israelbezogener und Post-Schoa-Antisemitismus bei Bedrohungen eine geringere Rolle spielten als in der Gesamtheit aller Vorfälle, Othering hingegen eine größere.

⁹ Diese Zahl schließt auch Bedrohungen gegen einzelne Vertreter_innen dieser Institutionen ein, sofern die Bedrohungen diese nicht über private Wege (private postalische oder elektronische Adresse u.Ä.) erreichten, sondern über die allgemein einsehbaren Kontaktmöglichkeiten der Institutionen.

Beispiele für Bedrohungen

Friedrichshain-Kreuzberg, 20. Januar: Ein junger Israeli hatte im Rahmen eines Gesprächs in einem Club mit einem ihm bis dahin unbekanntem Mann auf die Frage, woher er komme, „Israel“ geantwortet. Daraufhin sagte der Mann zu ihm: „Was euch die Deutschen angeht, tut ihr jetzt mit den Arabern!“ Der Israeli wies das zurück, im weiteren Verlauf des Gesprächs sagte der Mann: „Ihr habt Bomben und die haben Messer. Was ist denn ein Messer gegen eure Bomben? Hier, ich hab' sogar selbst eins hier“, woraufhin er auf seine Hosentasche zeigte. Der Betroffene sprach die Türsteher auf den Mann an, die bei ihm jedoch kein Messer fanden und nichts weiter unternahm. Der Betroffene verließ daraufhin den Club.

Online, 23. Januar: Die Mitarbeiterin einer zivilgesellschaftlichen Organisation erhielt eine E-Mail mit Gewaltandrohungen und antisemitischen Vernichtungsfantasien. Die E-Mail wurde mit „Deutschem Gruß“ signiert.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 26. April: Der Betroffene war mit Kippa auf dem Kurfürstendamm unterwegs, als ein Mann aus einem Geschäft kam und auf ihn zulief. Er beschimpfte den Betroffenen als „Scheißjude“, drohte: „Ich bring dich um, du Kindermörder“ und rief „Free Palästina“. Der Täter stieg zusammen mit einem weiteren Mann in ein Taxi und fuhr weg.

Mitte, 29. Mai: Eine jüdische Frau erhielt einen Drohbrief, im Umschlag fand sie eine ascheähnliche Substanz.

Neukölln, 23. Juli: An einem Spätkauf in Neukölln trafen drei Männer aufeinander, von denen einer den Hitlergruß zur Begrüßung machte, der von den beiden anderen erwidert wurde. Ein Mann protestierte. Daraufhin kamen die Männer auf den Zeugen zu, sagten ihm, sie würden Israel niemals anerkennen und dass alle Juden getötet werden müssten, was ihrer Meinung nach auch bald passieren würde. Weiter sagten sie zu dem Mann, dass bald wieder die Öfen angeheizt und solche „linken, dreckigen Juden“ wie er dann vergast würden und „die weiße Rasse obsiegen wird“. Dem Zeugen wurde weiterhin gedroht, dass man ihn finden und vernichten würde.

Online, 2. August: In einer E-Mail, die sich an eine zivilgesellschaftliche Organisation richtete, wurde eine Vertreterin damit bedroht, auf einer „rechten Todesliste“ zu stehen. Ebenso wurden weitere Engagierte bedroht. Die E-Mail enthält eine Vielzahl weiterer Erpressungen und antisemitischer sowie rassistischer Ausführungen.

Friedrichshain-Kreuzberg, 5. Oktober: Mindestens fünf für ein Medienunternehmen arbeitende Personen bekamen wattierte Umschläge zugestellt, die jeweils eine Gewehrpatrone und eine antisemitische Morddrohung enthielten.

Online, 12. November: Eine Person, die auf Facebook mehrere israelsolidarische Beiträge postete, erhielt eine Nachricht über den Messenger, dass sie „das bereuen“ werde, der/die Schreiber_in alle Juden hasse und sich einen neuen Holocaust wünsche: „Dann wäre die Welt sauberer.“ Die Nachricht endete mit „Heil Hitler“.

VERLETZENDES VERHALTEN

Die Kategorie **verletzendes Verhalten** umfasst sämtliche Vorfälle, bei denen jüdische Institutionen oder Personen gezielt, böswillig oder diskriminierend adressiert werden, unabhängig davon, ob der Text oder das Gesprochene antisemitische Stereotype enthält oder nicht. Des Weiteren umfasst diese Kategorie schriftliche oder verbale antisemitische Aussagen, die sich gegen nicht-jüdische Institutionen und Personen richten, sowie antisemitische Graffiti oder Aufkleber an nicht-jüdischem Eigentum.¹⁰

Verletzendes Verhalten insgesamt

| | Mit | CW | FK | Nk | Pa | TS | Li | SZ | TK | Sp | Rd | MH | Onl | Un |
|----------------------------|-----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|-----|----|
| Rechtsextrem | 22 | 9 | 2 | 10 | 7 | 2 | 6 | 5 | 4 | 3 | 1 | 3 | 108 | 1 |
| Antisraelischer Aktivismus | 18 | 7 | 5 | 12 | 1 | 2 | | 2 | 3 | | | | 22 | |
| Verschwörungsideologisch | 19 | 12 | 4 | 2 | | 1 | | | | 1 | | | 10 | |
| Politische Mitte | 2 | 1 | | | | | | | | | | | 38 | |
| Links/Antiimperialistisch | | | 4 | 1 | 1 | | | | | | | | 5 | |
| Islamistisch | 1 | 2 | 1 | 1 | | | | | | | | | 3 | |
| Christl. Fundamentalismus | | | | | | | | | 1 | | | | 1 | |
| Unbekannt/Keine Angaben | 50 | 27 | 19 | 12 | 17 | 11 | 9 | 8 | 5 | 4 | 6 | 1 | 112 | 1 |

Face-to-face-Fälle (Versammlungen ausgenommen)

| | Mit | CW | FK | Nk | Pa | TS | Li | SZ | TK | Sp | Rd | MH | Un |
|----------------------------|-----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|
| Rechtsextrem | 6 | 4 | | 4 | 2 | | | 2 | 1 | | 1 | 1 | |
| Antisraelischer Aktivismus | 1 | 3 | | 1 | 1 | | | | | | | | |
| Verschwörungsideologisch | 12 | | 2 | 1 | | 1 | | | | 1 | | | |
| Politische Mitte | 1 | 1 | | | | | | | | | | | |
| Links/Antiimperialistisch | | | 2 | | | | | | | | | | |
| Islamistisch | 1 | 1 | 1 | 1 | | | | | | | | | |
| Christl. Fundamentalismus | | | | | | | | | | | | | |
| Unbekannt/Keine Angaben | 30 | 12 | 13 | 9 | 8 | 4 | 6 | 1 | 1 | 2 | 3 | | 1 |

Legende Mit = Mitte, CW = Charlottenburg-Wilmersdorf, FK = Friedrichshain-Kreuzberg, Nk = Neukölln, Pa = Pankow, TS = Tempelhof-Schöneberg, Li = Lichtenberg, SZ = Steglitz-Zehlendorf, TK = Treptow-Köpenick, Sp = Spandau, Rd = Reinickendorf, MH = Marzahn-Hellersdorf, Onl = Internet, Un = Unbekannt

¹⁰ Antisemitische Texte, die sich an mehr als zwei Adressat_innen richten oder auf ein möglichst breites Publikum abzielen, werden hingegen in der Kategorie „Massenzuschriften“ behandelt. Versammlungen (Demonstrationen, Kundgebungen) werden als verletzendes Verhalten gewertet, wenn der Aufruf zur Versammlung, bei der Versammlung gerufene Parolen, Transparente, Plakate o.Ä. antisemitische Inhalte aufweisen.

Seit Übernahme des derzeitigen Kategoriensystems 2016 ordnet RIAS Berlin der Kategorie verletzendes Verhalten die meisten antisemitischen Vorfälle zu. So auch im Jahre 2019: Insgesamt wurden 648 Fälle verletzenden Verhaltens registriert. Somit fallen 73,6% aller antisemitischen Vorfälle in Berlin, von denen RIAS Berlin erfahren hat, in diese Kategorie. Im Vergleich zum Vorjahr 2018 (833 Fälle) ist die Zahl deutlich, um 22,2%, gesunken. Sie liegt damit noch unter dem Niveau von 2017, als RIAS Berlin 684 Vorfälle mit antisemitischem verletzendem Verhalten erfasste.

Die Definition dieser Kategorie ist breit gefasst; das hat zur Folge, dass der Charakter der darunter registrierten Vorfälle sehr unterschiedlich ist. Sie umfasst Handlungen von direkten antisemitischen Beleidigungen von Angesicht zu Angesicht über nicht-intendierte antisemitische Bemerkungen im Beisein der Betroffenen bis hin zu Online-Vorfällen, die zwar an Personen oder Institutionen adressiert sind, aber keine Bedrohungen im oben beschriebenen Sinne darstellen.

299 der 648 erfassten Vorfälle (46,1%) fanden online statt. Der Anteil der antisemitischen Fälle verletzenden Verhaltens, die sich im Internet ereigneten, ging damit leicht zurück: 2018 waren es noch 53% aller Fälle verletzenden Verhaltens. Bei beinahe zwei Drittel, also 195 der Online-Vorfälle, handelte es sich um antisemitische E-Mails. 92 Vorfälle, die RIAS Berlin 2019 registrierte, ereigneten sich in den sozialen Netzwerken.

In 274 Fällen waren Institutionen durch das verletzende Verhalten betroffen, davon 217 jüdische oder israelische. Bei 149 Vorfällen, von denen RIAS Berlin erfuhr, wurden insgesamt 202 Individuen adressiert, hiervon 91 Jüdinnen_Juden oder Israelis und 28 Personen, die als jüdisch oder israelisch adressiert wurden, ohne sich selbst als solche zu verstehen bzw. es zu sein. Männer waren in doppelt so vielen Fällen (81) betroffen als Frauen (41); bei 11 Vorfällen waren gemischtgeschlechtliche Gruppen betroffen. RIAS Berlin hat keine Kenntnis von Vorfällen mit Betroffenen mit anderen geschlechtlichen Identitäten.

Da knapp drei Viertel aller von RIAS Berlin erfassten Vorfälle der Kategorie verletzendes Verhalten zuzuordnen sind, gibt es hinsichtlich der Verteilung der Vorfälle nach Bezirken auch nur geringfügige Abweichungen von der Verteilung, wie sie sich bei der Gesamtzahl darstellt: Die meisten von RIAS Berlin 2019 erfassten Vorfälle fanden demnach in Mitte statt (113), dort ereigneten sich fast doppelt so viele Vorfälle wie in dem Bezirk mit der zweithöchsten Anzahl, Charlottenburg-Wilmersdorf (59). Betrachtet man die Spezifik der Tatorte jenseits der konkreten geografischen Lage, deutet sich an, dass viele Fälle antisemitischen verletzenden Verhaltens im Rahmen von zufälligen Begegnungen erfolgten: 147 der 349 Fälle, die sich nicht im Internet abspielten, also 42,1%, ereigneten sich auf offener Straße, 64 (18,3%) im ÖPNV. Dem stehen 21 Vorfälle (6%) gegenüber, die sich im unmittelbaren Wohnumfeld der Betroffenen ereigneten. Diese Vorfälle haben für die Betroffenen häufig besonders schwerwiegende Folgen, da sie dauerhaft das Sicherheitsgefühl beeinträchtigen können.



▲ Antisemitisches Graffiti aus dem Fußballkontext in Moabit, 17. März.



▲ Graffiti auf einem Marktstand nahe des Fehrbelliner Platzes, Wilmersdorf, 1. August.

Auch hinsichtlich des politischen Hintergrundes, den RIAS Berlin zuordnen konnte, ergibt sich kein signifikant anderes Bild als in Bezug auf die Gesamtzahl antisemitischer Vorfälle in Berlin: 43,5% der Vorfälle lassen sich keinem politischen Hintergrund zuordnen. Die größte identifizierbare Gruppe sind Fälle verletzenden Verhaltens, die von Personen mit einem rechtsextremen Hintergrund ausgehen (28,2%). Deren Zahl ist, trotz des insgesamt zu verzeichnenden Rückgangs, im Vergleich zum Vorjahr um 6,2% gestiegen.

Hinsichtlich einer Klassifizierung der verwendeten antisemitischen Stereotype unterscheidet sich die quantitative Verteilung der Erscheinungsformen in der Kategorie verletzendes Verhalten nur minimal von der Gesamtverteilung. Auch hier spielen Vorfälle mit Stereotypen des Post-Schoa-Antisemitismus dicht gefolgt von jenen mit israelbezogenem Antisemitismus und antisemitischem Othering eine große Rolle, während antijudaistische Stereotype nur relativ selten von den sich antisemitisch Äußernden verwendet werden (in 6% der Fälle).

Eine für Betroffene besonders schwerwiegende Form verletzenden Verhaltens sind jene Vorfälle, die sich von Angesicht zu Angesicht ereignen. Hiervon erfasste RIAS Berlin für das Jahr 2019 insgesamt 142 Fälle. Dabei fällt auf, dass der Anteil der in Bezug auf den politischen Hintergrund nicht zuordenbaren Fälle antisemitischen Verhaltens deutlich höher ist als in Bezug auf alle Fälle verletzenden Verhaltens: Knapp zwei Drittel, also 63,3%, aller Face-to-Face-Beleidigungen, Pöbeleien oder sonstigen antisemitischen Bemerkungen, lassen sich politisch nicht eindeutig verorten. Die Zahl der RIAS Berlin bekannt gewordenen Vorfälle von Angesicht zu Angesicht, die aus einem verschwörungsideologischen Spektrum hervorgingen, ist dagegen mit 17 Vorfällen beinahe genauso hoch wie jene, die von RIAS

dem rechtsextremen Spektrum zugerechnet werden konnten (21). Diese auffallende Verschiebung ist insbesondere durch eine sehr aktive Einzelperson zu erklären. Die Person zeigte im Jahr 2019, wenn auch im Vergleich zum Vorjahr in vermindertem Ausmaß, im gesamten Stadtgebiet Plakate mit antisemitischen und verschwörungsmithologischen Inhalten und reagierte auf Kritik häufig aggressiv wie antisemitisch. Auffallend ist bei den registrierten Face-to-Face-Vorfällen, dass hier relativ gesehen häufiger antisemitische Stereotype des Otherings verwendet werden (42,3 %) als in der Gesamtzahl der Vorfälle (34,5 %): Bei verletzendem Verhalten von Angesicht zu Angesicht stand die abwertende Markierung der jeweiligen Betroffenen als „jüdisch“ stärker im Vordergrund als bei anderen Formen von Vorfällen.

Beispiele für verletzendes Verhalten

Online, 4. Januar: In einer E-Mail an eine jüdische Institution schrieb eine Person, dass „Polen abermals um die Wahrheit kämpfen“ müsse. Dazu schickte die Person Links zu mehreren Youtube-Links, in denen Jüdinnen_Juden ein Mitwirken an der Schoa zugeschrieben wird. Außerdem behauptete die Person, dass „Juden die undankbarste Nation der Welt“ wären, die nach dem Krieg „Tausende polnischer Helden“ gefoltert und ermordet hätten.

Mitte, 28. Januar: Ein sichtbar betrunkenen Mann stolperte beim Einsteigen in eine U-Bahn über den Fuß der Betroffenen, die sich daraufhin bei ihm entschuldigte. Der Mann lief weiter, drehte sich dann aber um und beschimpfte die Betroffene als „Scheiß Judenotze“. Danach nahm er gegenüber der Betroffenen Platz und wiederholte die Beschimpfung noch einige Male. Die Betroffene stand auf und lief zum anderen Ende des Wagens, woraufhin der Mann ihr folgte. An der nächsten Station wechselten die Betroffene und ihr Begleiter die Wagen. Einige der Anwesenden folgten den Betroffenen, die meisten der ca. 25 Personen reagierten jedoch nicht auf die Pöbeleien des Mannes.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 16. Februar: Kurz nach Abpfiff des Bundesligaspiels Hertha BSC gegen SV Werder Bremen gingen fünf Hertha-Anhänger vom Olympiastadion in Richtung S-Bahnhof. Die Gruppe regte sich über den Verlauf des Spiels auf, da Werder in der letzten Minute ein Ausgleichtor geschossen hatte, und grölte wiederholt „Juden Bremen“. Von der Menge, die ebenfalls zum S-Bahnhof ging, schien es niemanden außer den Meldenden zu stören. Die Polizei war nicht in der Nähe.

Mitte, 13. März: Ein Mann saß mit aufgeklapptem Laptop in der U-Bahn. Auf der Laptop-Außenseite stand: „Deutschland braucht keine Feinde mehr. Wir haben schon eine USA - ZIONIST Bundesregierung“ sowie ein Link zu einer Webseite, auf der antisemitische Inhalte zu finden sind.

Mitte, 17. März: Gegenüber des Berliner Hauptbahnhofs wurde ein „Juden FCU“-Graffiti gesprüht. „FCU“ ist eine Abkürzung für den Berliner Fußballverein 1. FC Union.

Mitte, 5. Juni: Ein Mann sprach die zwei Betroffenen auf offener Straße an und gab ihnen einen Flyer eines rechtspopulistischen Blogs über den Euro und die Währungsunion. Die Betroffenen wollten den Flyer verweigern, woraufhin der Mann aggressiv auf sie einredete. Er sagte, dass eine der Betroffenen ihm leidtue, weil sie sich von „denen da oben“ instrumentalisieren ließe. Die Frau fragte daraufhin mehrmals nach, wen er denn damit meine, schließlich sagte der Mann „die Ostküste“. Der Mann ließ zunächst nicht von den Betroffenen ab, wechselte dann aber die Straßenseite, von wo er noch rief, die Betroffenen sollten die Schnauze halten.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 1. August: Rund um den Fehrbelliner Platz wurden mehrere antisemitische Graffiti entdeckt. Dort hieß es u.a. „Kindermörder Israel“ und „Juden sind Kindermörder“. Sie waren auf mehrere geparkten Marktstände, den Eingangsbereich zum U-Bahnhof Fehrbelliner Platz und die Hauswand des ehemaligen Rathaus Wilmersdorf angebracht. Die Graffiti wurden angezeigt und übermalt.



- ◀ Schoa relativierender Sticker, der durch einen rechten Versand vertrieben wird, in der Nähe des Platzes der Luftbrücke, Tempelhof, 16. September.

Neukölln, 14. August: Während der Bezirksverordnetenversammlung sprach ein AfD-Verordneter, mit Bezug auf die Rede von Martin Walser zum Holocaust-Gedenktag 1998, von Auschwitz als „Einschüchterungsmittel“ und „einer Instrumentalisierung für gegenwärtige Zwecke“.

Tempelhof-Schöneberg, 16. September: In der Nähe des Platzes der Luftbrücke wurde an einem Hinweisschild der Sticker eines rechten Online-Versands angebracht. Auf dem Sticker war ein gelber Stern mit der Aufschrift „Sachse“ dargestellt. Der Hintergrund war der Kleidung von KZ-Insassen während der NS-Zeit nachempfunden, zudem stand auf dem Sticker „Wieder soweit?“ Damit sollte wohl Kritik an rassistischen Ausschreitungen in Sachsen mit der Verfolgung und Vernichtung der Jüdinnen_Juden im Nationalsozialismus gleichgesetzt werden.

Mitte, 26. September: Ein Radfahrer in der Oranienburger Straße reduzierte in Höhe der Neuen Synagoge Berlin seine Geschwindigkeit, fuhr im Kreis und schrie zweimal laut „Alle Juden sollen sterben“ in Richtung der Synagoge.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 11. Oktober: Eine Frau telefonierte während einer Busfahrt auf Französisch, als ein Mann ihr auf die Schulter klopfte und ihr, ebenfalls auf Französisch, sagte, sie solle ihren Mund halten. Die Frau erwiderte, der Mann solle sie in Ruhe lassen, woraufhin dieser sie mit den Worten „Halt deine Klappe du dreckige Jüdin“ beleidigte.

Neukölln, 1. November: Während er auf eine U-Bahn wartete, sprach ein anscheinend unter Drogen stehender

Mann den Betroffenen an und fragte, woher er sei. Als er antwortete, dass er in Berlin wohne, meinte der Mann: „Nee, du bist doch woanders her.“ Auch die Antwort „ursprünglich aus Süddeutschland“ reichte nicht aus, der Mann schaute ihn musternd an: „Nee, da ist doch was mit deinen Augen. Du bist Jude.“ Der Betroffene verneinte. „Doch, du bist Jude. Und das Schlimme daran ist, ich darf dich noch nicht mal schlagen.“ Der Betroffene war erst einmal sprachlos, schüttelte den Kopf, ging weg und sagte dabei „Wahnsinn!“ Der Mann schickte ihm noch ein „Genau, verpiss dich“ hinterher. Anbei wartende Gäste reagierten nicht.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 9. Dezember: An der Außentür des ASTA TU-Gebäudes klebte ein Aufkleber mit der Aufschrift „eat bugs goyim – extinction rebellion“. Der Text bezieht sich auf rechte Internetforen aus den USA, in denen antisemitische Verschwörungsmymen über Umweltschutzbewegungen, im Besonderen die Klimaschutzbewegung, verbreitet werden.

Online, 18. Dezember: Ein Mann hatte zu einem Artikel über einen Dresdner Busfahrer, der bei sich den Zettel „Diesen Bus steuert ein Deutscher Fahrer“ aushängte und deswegen suspendiert wurde, kommentiert: „Was hat der DEUTSCHE Busfahrer denn schlimmes gemacht? Nix!! Er hat nur die Wahrheit Geschrieben. Ich hoffe für ihn das er ganz schnell wieder einen Job bekommt wo er auch als DEUTSCHER so Behandelt wird.“¹¹ Eine jüdische Frau antwortete auf diesen Kommentar mit: „Argentinien?“ Daraufhin schrieb der Mann die Betroffene in einer Privatnachricht an: „Ich brauche keine Antwort auf FB von einer Jüdin.“

VERSAMMLUNGEN

Als antisemitische **Versammlungen** zählt RIAS Berlin Demonstrationen oder Kundgebungen unter freiem Himmel sowie öffentlich zugängliche Veranstaltungen in geschlossenen Räumen, wenn entweder auf den Versammlungen selbst (in Form von Wortbeiträgen, Parolen, Transparenten oder verteilten Propagandamaterialien) oder in den Ankündigungen und Aufrufen zur Versammlung antisemitische Inhalte feststellbar sind. Sie werden als eine spezifische Form des verletzenden Verhaltens betrachtet. Kommt es im Kontext solcher Versammlungen zu Bedrohungen, Angriffen oder Sachbeschädigungen, so werden diese in der entsprechenden Kategorie als eigene Vorfälle registriert.

Beim Monitoring und bei der Analyse von Versammlungen kooperiert RIAS Berlin häufig mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Projekten wie der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. (apabiz), dem Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA) sowie mit den Berliner Registern.

2019 hat RIAS Berlin 54 Versammlungen mit antisemitischen Ausdrucksformen registriert (2018: 48; 2017: 42). Der Anstieg geht vor allem auf 17 (2018: 4) Veranstaltungen in geschlossenen Räumen wie Kulturzentren oder Restaurants zurück, die aber immer öffentlich zugänglich waren, darunter 10 Veranstaltungen aus dem verschwörungsideologischen Milieu. Rechtsextreme Versammlungen mit antisemitischen Inhalten konnte RIAS Berlin im Jahr 2019 elf Mal feststellen, eine mehr als im Vorjahr. Darunter fallen zwei Versammlungen der NPD, eine Veranstaltung eines rechtsextremen Youtubers, drei Reichsbürger-Demonstrationen und eine Versammlung im Bezirksbüro eines fraktionslosen Mitglieds des Abgeordnetenhauses. Zudem gab es vier überregionale Versammlungen mit rassistischen Themen, in deren Verlauf es auch zu antisemitischen Äußerungen kam.

Die Anzahl von Versammlungen mit Bezug zum israelisch-arabischen Konflikt nahm 2019 leicht auf 28 Fälle ab, in den Vorjahren lagen diese bei knapp über 30. Weiterhin zeigt sich auf diesen Veranstaltungen die Bündnisfähigkeit von links/antiimperialistischen, islamistischen und antiisraelischen Akteur_innen (vgl. Bericht antisemitischer Vorfälle 2017). 2019 war das Milieu der antiisraelischen Aktivist_innen mit einem konsequenteren Agieren der Politik und Justiz konfrontiert, welches bei mehreren Veranstaltungen den konkreten Anlass



- ▲ Schoa-Relativierungen bei der Demonstration gegen das Masernschutzgesetz, Mitte, 14. September.

bildete. Als Beispiele sind die beiden Kundgebungen gegen das Auftrittsverbot einer verurteilten Terroristin der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) oder gegen den überparteilichen Bundestagsbeschluss zur BDS-Kampagne zu nennen.

Geografisch betrachtet fanden die meisten der Versammlungen (23 Fälle) im Bezirk Mitte statt. Diese Häufung geht vor allem auf die hohe Dichte repräsentativer, symbolträchtiger und stark frequentierter Orte in diesem Bezirk zurück. In Charlottenburg-Wilmersdorf fanden 16 Veranstaltungen, überwiegend aus dem verschwörungsideologischen Milieu, statt. Zehn Versammlungen mit antisemitischen Inhalten wurden in Neukölln bekannt.

Weiterhin konnte eine ritualisierte Wiederkehr politischer Versammlungen mit antisemitischen Inhalten zu Jahrestagen und anderen regelmäßigen Anlässen festgestellt werden. Hier ist etwa der sogenannte Nakba-Tag, der zeitnah zum Gründungstag des Staates Israel am 15. Mai stattfindet, oder der jedes Jahr gegen Ende des Ramadans stattfindende Quds-tag-Marsch zu nennen: Seit 1996 demonstrieren in Charlottenburg Anhänger_innen des iranischen Regimes und antiisraelische Aktivist_innen für die Zerstörung Israels.¹² Im kleineren Rahmen fanden wiederkehrende BDS-Kundgebungen gegen die Beteiligung israelischer Vertreter_innen an Messen wie der Fruit Logistica oder der Internationalen Tourismusmesse im Westend statt. Eine in den Vorjahren stattfindende Versammlung mit antisemitischen Inhalten am 1. Mai in Neukölln fiel in diesem Jahr aus.

¹² Siehe hierzu den Monitoring-Bericht zum Quds-tag-Marsch auf S. 57



Wie schon im Vorjahr versuchten Akteur_innen des antiisraelischen Aktivismus größere Mobilisierungen für ihre eigene politische Agitation zu nutzen, so etwa den Radical Queer March in Kreuzberg im Juli oder eine Fridays For Future-Demonstration in Mitte im November. Aber auch das rechtsextreme Milieu nutzte aktuelle Entwicklungen für ihre antisemitische Agitation: Als bekannt wurde, dass die Open Society Foundation aufgrund einer antisemitischen Kampagne in Ungarn ihre Zentrale nach Berlin verlegte, fand davor eine NPD-Kundgebung mit dem Motto „George Soros – Migration tötet“ statt. Der jüdische Philantrop Soros fungiert in rechtsextremen und verschwörungsideologischen Spektren als Chiffre für eine angebliche jüdische Verantwortung für aktuelle Migrationsbewegungen.

Eine neue Entwicklung ist, dass die Stadt Berlin konsequenter auf zu erwartende Straftaten im Rahmen von Versammlungen aus dem Milieu des antiisraelischen Aktivismus reagiert, ob bei dem Auftrittsverbot der verurteilten PFLP-Terroristin oder bei der kurzfristigen Absage des Konzerts zweier palästinensischer Sänger am 25. September vor dem Brandenburger Tor. In diesem Zusammenhang muss auch der Prozess gegen drei BDS-Aktivist_innen,¹³ die im Juni 2017 eine Veranstaltung mit einer Schoa-Überlebenden an der Humboldt-Universität gestört hatten,¹⁴ erwähnt werden. Der Prozess wurde von Veranstaltungen begleitet, die sich gegen verschiedene juristische und Verwaltungsmaßnahmen richteten. Bei diesen Veranstaltungen kam es wiederholt zu antisemitischen Äußerungen. Trotz der stärkeren Sensibilisierung bei Politik und Behörden zeigte sich kein Rückgang bei der Anzahl antisemitischer Versammlungen aus den islamistischen, verschwörungsideologischen oder rechten Milieus.

¹³ Vgl. Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA), „Blog: BDS-Prozess geplatzt“, <https://jfda.de/blog/2019/03/11/bds-prozess-geplatzt/> (Zugriff am 25.3.2020).

¹⁴ Siehe hierzu die ursprüngliche Vorfall Meldung von RIAS Berlin auf Facebook, <https://www.facebook.com/AntisemitismusRechercheBerlin/photos/a.1463499907305026/1894570614197951> (Zugriff am 25.3.2020).
Siehe zudem den Monitoring-Bericht zu einer Störung des „Seret Filmfestivals“ aus dem gleichen Umfeld auf S. 61.

- ◀ Transparent auf der Kundgebung am Veranstaltungsort des abgesagten Vortrags der PFLP-Terroristin Ramea Odeh, Kreuzberg, 15. März. Eine Landkarte mit dem Mandatsgebiet Palästinas, ohne die Umrisse des heutigen Israels, negiert das Existenzrecht des jüdischen Staates.

Dokumentierte Versammlungen mit antisemitischen Inhalten 2019

| | Mit | CW | FK | Nk | TK | SZ |
|----------------------------|-----|----|----|----|----|----|
| Antisraelischer Aktivismus | 13 | 2 | 2 | 10 | 1 | |
| Verschwörungsideologisch | 2 | 12 | | | | |
| Rechtsextrem | 8 | | 1 | | 1 | 1 |
| Islamistisch | | | 1 | | | |

Legende

Mit = Mitte,
 CW = Charlottenburg-Wilmersdorf,
 FK = Friedrichshain-Kreuzberg,
 Nk = Neukölln,
 Pa = Pankow,
 TK = Treptow-Köpenick,
 SZ = Steglitz-Zehlendorf

Beispiele für Versammlungen

Mitte, 4. März: Vor dem Amtsgericht Tiergarten versammelten sich Unterstützer_innen für drei Personen, die im Juni 2017 eine Veranstaltung mit einer Schoa-Überlebenden an der Humboldt-Universität gestört hatten. Die Anwesenden trugen Schilder und Plakate mit Schoa relativierenden Aufschriften wie „Germany, when will you stop white-washing your Holocaust guilt“ und „One genocide does not justify another“. Daneben wurde von den Teilnehmer_innen die Parole „From the river to the sea – Palestine will be free“ gerufen, die den Wunsch nach der Abschaffung des jüdischen Staates offen zum Ausdruck bringt.

Friedrichshain-Kreuzberg, 15. März: Trotz der Absage einer Veranstaltung mit der verurteilten Terroristin Ramea Odeh fanden sich einige Menschen zusammen. Aus der Menge wurden die Israel delegitimierenden und Gewalt verherrlichenden Parolen „From the river to the sea – Palestine will be free“ und „Long live the Intifada“ skandiert.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 15. Juni: An einer Demonstration unter dem Motto „Biker für Deutschland“ beteiligten sich rund 150 Menschen. Ein Biker hatte auf seinem Motorrad ein Plakat zum „Hooton-Plan“ angebracht. Damit bezog er sich auf einen antisemitischen wie rassistischen Verschwörungsmythos über die angeblich geplante „Auslöschung durch Durchmischung“ der Deutschen.

Mitte, 28. Juni: Vor dem Bundestag versammelten sich ca. 150 Personen, um gegen den Bundestagsbeschluss zur BDS-Kampagne zu demonstrieren. In den Reden wurde Israel fast durchgehend als „Apartheid“ und „Kolonie“ delegitimiert. In mindestens einem Fall wurde Gaza als „Ghetto“ betitelt und somit gezielt Israel in die

Nähe der Verbrechen im Nationalsozialismus gerückt. Die Imagination eines „Schuldkults“ fand auf Schildern und Transparenten wie „Hey Germany stop whitewashing your past by Palestinian blood“ oder „Hey Germany you can't fix the past by silencing the present“ ihren Ausdruck.

Mitte, 14. September: Als Reaktion auf die Verabschiedung des Masernschutzgesetzes durch das Bundeskabinett fand eine Demonstration mit mehr als 1.000 Personen statt. Auf mitgeführten Plakaten standen u.a. Schoa relativierende Sprüche wie „Heute 2500 € Strafe, morgen Zwangshaft, übermorgen KZ?“, „Impfen macht frei – willkommen im 4. Reich“ und „Stop the Mengeles“. Ein Redner erklärte unter Applaus die heutige Politiklandschaft zu einer „Unterhaltungsabteilung der Hochfinanz“ und nutzte damit eine antisemitische Chiffre.

Mitte, 3. Oktober: Zum zweiten Mal seit 2018 fand zum Tag der deutschen Einheit ein Aufmarsch durch Mitte statt, zu dem unter dem Motto „2. Tag der Nation“ die extrem rechte Gruppierung „Wir für Deutschland“ aufrief. An dieser Versammlung beteiligten sich ca. 1.000 Personen. Bereits am Auftaktort forderte ein Redner, dass die historische „Schuld“ und „Last“ abgeworfen werden solle. Während der Demonstration wurde aus dem Zug die Parole „Nie wieder Israel“ gerufen. Zwei Gegendemonstrierende mit einer Pride-Fahne mit Davidstern wurden als „Scheißzionisten“, „Zionistenfotze“ und „Scheißjuden“ beschimpft.

Mitte, 7. Dezember: Dem Aufruf der rechten Gruppierungen „Gelbe Westen Berlin“ und „Staatenlos.info“ folgten ca. 90 Personen. In Reden wurden antisemitische und völkisch-rassistische Verschwörungsmythen verbreitet.

MASSENZUSCHRIFTEN

Als antisemitische **Massenzuschriften** kategorisiert RIAS Berlin antisemitische Texte, die an (mindestens zwei) konkrete Personen adressiert sind oder die auf eine andere Art ein möglichst breites Publikum erreichen sollen. Auch Texte ohne explizit antisemitische Inhalte werden als Vorfälle aufgenommen, wenn sie gezielt an jüdische Adressat_innen verschickt werden und NS-verherrlichende oder -verharmlosende Aussagen beinhalten.

Insgesamt dokumentierte RIAS Berlin 103 antisemitische Massenzuschriften für 2019. Gegenüber dem Vorjahr (117) zeigt sich ein Rückgang von 12%. Damit setzte sich der rückläufige Trend fort – 2017 wurden 185 Massenzuschriften dokumentiert. Davon waren für einen beträchtlichen Teil einige wenige Urheber_innen verantwortlich, die ihre Aktivität nach und nach verringerten.

Bis auf je eine postalische Zuschrift an mehrere Mitglieder des Abgeordnetenhauses und an diverse Senatsverwaltungen erfolgten alle Massenzuschriften online, meist per E-Mail. Insgesamt konnten 41 Massenzuschriften (39,8%) dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden. Hierunter befanden sich 24 Zuschriften des sogenannten Staatsstreichorchesters, die Gewalttaten gegen jüdische und muslimische Menschen ankündigten und sich positiv auf Rechtsterrorismus bezogen.¹⁵ Weiterhin hat RIAS Berlin 18 antisemitische Massenzuschriften der politischen Mitte zugeordnet. Bei 38 Fällen konnte bezüglich des politischen Hintergrunds keine Einordnung vorgenommen werden.

Im höheren Maße als in den Vorjahren hat RIAS Berlin Kenntnis von antisemitischen Massenzuschriften bekommen, die an Einzelpersonen verschickt wurden: Waren 2018 noch 10 Personen von solchen Vorfällen betroffen, ist diese Anzahl 2019 auf 32 angestiegen. Dennoch blieben Institutionen mit 71 Vorfällen Hauptadressat_innen. Zivilgesellschaftliche Organisationen wurden dabei weitaus weniger angeschrieben als 2018: 19 entsprechende Vorfälle bedeuten eine Verringerung um 78,7% gegenüber dem Vorjahr (89). In 38 Fällen gingen die Zuschriften an jüdische oder als jüdisch wahrgenommene Institutionen (2018: 17).

¹⁵ Weitere E-Mails des „Staatsstreichorchesters“ beinhalteten konkrete Drohungen gegenüber ihren Berliner Adressat_innen und wurden deswegen als Bedrohungen eingestuft. Siehe Kapitel „Bedrohungen“, S. 36.

Weiterhin bildete die lange Textform der antisemitischen Massenzuschriften diejenige Vorfallsart, in der am meisten und umfassendsten verschiedene Stereotype des Antisemitismus verwendet wurden. Die häufigste Erscheinungsform bildete dabei der Post-Schoa-Antisemitismus (67 Fälle), doch wurden auch viele Verschwörungsmythen und andere Merkmale des modernen Antisemitismus verwendet (50). Im geringeren Maße spielte israelbezogener (40) und antijudaistischer Antisemitismus (32) eine Rolle, wobei die letztgenannte Erscheinungsform damit gegenüber anderen Vorfallsarten weitaus häufiger vorkam. In 18 Fällen kam es zu antisemitischem Othering.

Massenzuschriften

| | |
|-----------------------------------|----|
| Rechtsextrem | 41 |
| Politische Mitte | 18 |
| Antiisraelischer Aktivismus | 4 |
| Verschwörungsideologisches Milieu | 2 |
| Unbekannt/keine Angabe | 38 |

Beispiele für Massenzuschriften

Online, 6. Februar: Zehn Adressat_innen aus Presse, Zivilgesellschaft und jüdischer Gemeinde erhielten eine E-Mail, in der behauptet wurde, der Magier Uri Geller würde mit „vom US-Geheimdienst bestätigten telepathischen Kräften“ Jeremy Corbyn als nächsten britischen Premierminister verhindern wollen. Des Weiteren ging es darum, dass „nicht jeder, der die Politik jüdischer Eliten kritisiert, ein Antisemit“ sei sowie um „jüdische Narrative“, die in einen „korrekteren historischen Kontext“ gestellt werden sollten.

Online, 30. April: Zahlreiche Empfänger_innen erhielten eine verschwörungsideologische und antisemitische E-Mail mit dem Betreff „Justizministerin Katarina Barley lässt Kinder töten“. Der E-Mail zufolge provozierten „Soros und Rothschild und ihre Marionetten in den amerikanischen und europäischen Regierungen seit Jahren einen Krieg nach dem anderen im Nahen Osten, um die Bevölkerung zum Exodus nach Europa zu zwingen“.

Online, 25. Mai: An mehrere zivilgesellschaftlichen Projekte, Pressevertreter_innen, Politiker_innen und eine Gedenkstätte wurde ein Pamphlet mit dem Titel „Rechtfertigung des Antisemitismus“ versandt. Darin wurde Antisemitismus als „Grundlage unserer Freiheit“ und „eine gesunde Einstellung“ bezeichnet, die sich „gegen eine Gehorsamsmentalität“ und „eine Ideologie von einem Schöpfergott“ richte.

Online, 25. Juni: An mehrere Adressat_innen aus Zivilgesellschaft und Verwaltung ging eine rechtsextreme

E-Mail, in der die Ermordung von Politiker_innen angekündigt wurde. Mehrmals wurde zudem das Ziel geäußert, „das jüdische und muslimische Gesindel zu vernichten“.

Mitte, 14. August: Mehrere Mitglieder des Abgeordnetenhaus von Berlin erhielten unaufgefordert per Post das Schoa leugnende Machwerk „Die Chemie von Auschwitz“. Der Verfasser wurde wegen Volksverhetzung mehrfach verurteilt.

Online, 3. September: An mehrere Berliner Verlage wurde eine E-Mail verschickt, in welcher der Verfasser ein Buch eines israelischen, jüdischen Autors kommentierte. Diesen bezeichnete er als „indoktrinierten Juden“ und „jüdisches Arschloch“, das „nicht in der Lage zu Analysen der Ursachen und Wirkungen und der Tödlichkeit des Systems der Juden“ sei.

Online, 15. November: Mehrere Vertreter_innen der Politik und Zivilgesellschaft erhielten eine E-Mail mit verschwörungsideologischem Inhalt. Der_die Absender_in nahm Bezug auf das Attentat in Halle und relativierte die Schoa.

Online, 26. Dezember: In einer E-Mail, die an Zivilgesellschaft, Politik, Presse und jüdische Einzelpersonen verschickt wurde, ist die Rede von „Rothschild-Mammon-JUDEN“, die Klimawissenschaftler_innen mit „JÜDISCHEN NWO-Taschenspielertricks“ dazu brächten, an den Klimawandel zu glauben.

EXKURS

VORFÄLLE MIT BEZUG AUF DEN RECHTSEXTREMEN TERRORANSCHLAG AN JOM KIPPUR IN HALLE (SAALE)¹⁶

Am 9. Oktober, dem höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur, kam es in Halle (Saale) zu einem rechtsextremen Terroranschlag: Nachdem es dem Täter Stephan B. nicht gelang, in die Synagoge einzudringen, tötete er zwei Menschen, einen davon aus rassistischen Motiven in einem Dönerimbiss. Im Innern der Synagoge mussten währenddessen mehr als fünfzig Personen mehrere Stunden ausharren. Nach diesem antisemitisch motivierten Anschlag gab es bundesweit Gedenk- und Solidaritätskundgebungen; diese wurden an verschiedenen Orten gestört. Es kam auch zu weiteren antisemitischen Vorfällen, teilweise nur wenige Stunden nach dem Anschlag. In der Woche nach diesem Terroranschlag wurden RIAS Berlin insgesamt 45 antisemitische Vorfälle in der Hauptstadt, darunter 26 mit unmittelbarem Bezug zur Tat, bekannt. Zahlreiche Vorfälle bezogen sich positiv auf den Doppelmord und den versuchten Anschlag auf Jüdinnen_Juden.

Bei den dokumentierten Vorfällen zwischen dem 9. und dem 16. Oktober, in einem Zeitraum also, als die Diskussion um den Anschlag die Öffentlichkeit im besonderen Maße beschäftigte, kam es in Berlin insgesamt zu 3 gezielten Sachbeschädigungen, 2 Bedrohungen, 38 Fällen von verletzendem Verhalten und 3 antisemitischen Massenzuschriften. Alleine am 10. Oktober, dem Tag nach dem Anschlag, kam es zu 14 antisemitischen Vorfällen, insgesamt bis zum 16. Oktober zu 45.

Mit 26 Fällen, darunter eine Sachbeschädigung, 22 Fälle von verletzendem Verhalten und der Vielzahl an Schreiben, die sich aus den 3 Massenzuschriften ergeben, hatten 57,8% dieser Vorfälle einen manifesten Bezug zum Anschlag. Ein beträchtlicher Anteil dieser Vorfälle (21) waren antisemitische Zuschriften an jüdische und zivilgesellschaftliche Institutionen. Je 7 von 26 Vorfällen kamen aus einem rechten Spektrum oder aus der politischen Mitte. Bei knapp der Hälfte der Vorfälle (12) konnte keine Zuordnung erfolgen.

In mehreren Kommunikationen hoben die Verfasser_innen ausdrücklich hervor, dass sie gegenüber der jüdischen Community keine Solidarität empfänden. Stattdessen sprachen

¹⁶ Dieser Exkurs basiert zum Teil auf Materialien, die von der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus – bundesweite Koordination (RIAS – BK) als Monitoring-Bericht veröffentlicht wurden: <https://www.facebook.com/notes/bundesverband-rias-ev/antisemitische-vorf%C3%A4lle-mit-bezug-auf-rechtsextremen-terroranschlag-an-jom-kippur/128101658596010/> (Zugriff am 24.3.2020).

mehrere Autor_innen Jüdinnen_Juden das Recht ab, an öffentlichen Diskussionen teilzunehmen. Insofern verwundert es nicht, dass in 17 der Vorfälle Formen des antisemitischen Otherings eine Rolle spielten. Häufig wurden auch Stereotype des Post-Schoa- (10) und des israelbezogenen Antisemitismus (11) bemüht. Letztgenanntes mag auf den ersten Blick verwundern, offenbart aber eine Funktionsweise des antisemitischen Ressentiments: Ein rechtsextremer Anschlag ohne direkten Bezug zu Israel wird zum Anlass genommen, Jüdinnen_Juden vor Ort für reale oder imaginierte Ereignisse im Nahen Osten in Haftung zu nehmen.

Die hier dokumentierten vielfältigen Formen der antisemitischen Abwehr des Gedenkens an die Opfer und Überlebenden des Anschlags zeigen: In seinen antisemitischen Überzeugungen ist Stephan B. nicht alleine, sie werden von Menschen mit unterschiedlichen politischen Überzeugungen aus ganz Deutschland geteilt und zur Legitimation verschiedenster antisemitischer Handlungen genutzt.



Beispiele

Mitte, 9. Oktober: Im Anschluss an eine Gedenkveranstaltung am Brandenburger Tor für die Opfer des Terroranschlags liefen die Teilnehmer_innen der Kundgebung geschlossen zu einer weiteren Kundgebung an der Synagoge in der Oranienburger Straße. Auf Höhe des S- und U-Bahnhofs Friedrichstraße zeigte eine Person dem Demonstrationszug den Hitlergruß.

Online, 9. Oktober: Wenige Stunden nach dem Terroranschlag erhielt RIAS Berlin eine E-Mail, in der auf den Anschlag Bezug nehmend Massentierhaltung mit der Schoa verglichen wird. Zudem hieß es in dieser, Jüdinnen_Juden würden „in Deutschland sehr anständig behandelt“.

Online, 11. Oktober: Ein Blogger verschickte an mehrere Adressat_innen, darunter auch eine jüdische Organisation, eine E-Mail, in der er einem Journalisten vorwirft, „die AfD mit dem virtuellen Judenstern zu etikettieren, um die NATO-Lösung der Deutschenfrage voranzutreiben“. Der Journalist hatte zuvor einen Kommentar über die Mitverantwortung der AfD am gesellschaftlichen Klima, das zum Anschlag führte, veröffentlicht.

Mitte, 13. Oktober: Ein Fahrradtaxifahrer rief zwei Menschen, die auf dem Weg zur #unteilbar-Demonstration für eine offene und Gesellschaft waren und Kippot trugen, hinterher: „Ihr habt euch damals ja Baal zugewandt, steht ja in der Bibel.“ Von einem Zeugen zur Rede gestellt, tätigte der Mann weitere antijudaistische Äußerungen.

Online, 14. Oktober: Eine jüdische Person des öffentlichen Lebens, die einige Tage zuvor von einer Zeitung zu dem Terroranschlag interviewt wurde, erhielt eine Nachricht über ein Web-Kontaktformular. Darin wurde Jüdinnen_Juden Verantwortung für den Antisemitismus zugesprochen.

Mitte, 15. Oktober: An einer der Stelen des Denkmals für die ermordeten Juden Europas wurde das Graffito „Free Step!“ entdeckt. Der Zeitpunkt und der Inhalt legen nahe, dass es sich um eine Solidarisierung mit dem Attentäter Stephan B. handelt.

Online, 15. Oktober: Eine jüdische Institution erhielt eine E-Mail, in der der Verfasser auf Halle Bezug nahm, um gleich darauf Jüdinnen_Juden die Verantwortung für Antisemitismus zuzuschreiben. Zudem schrieb der Verfasser: „Ich bin Rentner und habe Angst vor Juden.“

- ◀ Solidarisierung mit dem Täter in Form eines Graffito auf einer der Stelen des Denkmals für die ermordeten Juden Europas, Mitte, 15. Oktober.

AUSGEWÄHLTE MONITORING-BERICHTE

Für den Bericht antisemitischer Vorfälle 2019 wurden die im Laufe des Jahres bereits separat veröffentlichten Monitoring-Berichte gekürzt. Die vollständigen Fassungen können unter <https://report-antisemitism.de/monitoring> eingesehen werden.

„AL NAKBA-TAG“: GEWALT, ISRAEL-DELEGITIMIERUNG UND SCHOA-RELATIVIERUNG

Am 4. Mai 2019 organisierte das „Palästinensische Komitee zu Gedenken an Al-Nakba“ eine als Kulturevent angekündigte Kundgebung auf dem Hermannplatz. Für die als „Solidaritätsveranstaltung anlässlich des 71. Jahrestages der Vertreibung des palästinensischen Volkes aus seiner Heimat“ betitelte Veranstaltung wurden eine Bühne sowie Stände für einzelne Aussteller_innen aufgebaut.

Mit Ständen vertreten waren u.a. die Gruppe BDS-Berlin, die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD), die Palästinensische Stimme, die LAG „Internationals“ des Landesverbands Berlin der Partei Die Linke, „Arbeiter_innen Macht“, die Generalunion der palästinensischen Ingenieure, Palästina Haus e.V. und kleinere Einzelgruppen. Daneben wurden Literatur und Essen angeboten.

Am Stand der BDS-Gruppe war ein Plakat aufgehängt, auf dem Israel als Apartheids- und Kolonialstaat delegitimiert wurde. Ebenfalls wurde auf einem ausliegenden Flugblatt zum Boykott des Eurovision Song Contest in Tel Aviv-Jaffa aufgerufen; auf dem Papier war auch eine Doppel-Sig-Rune, und damit das SS-Emblem, abgebildet. Diese implizite Gleichsetzung von Israel und NS wurde später mit einem BDS-Propagandaaufkleber, mutmaßlich nach Aufforderung der Polizei, unkenntlich gemacht. Derselbe Aufruf, ebenfalls mit einer Doppel-Sig-Rune, befand sich weithin sichtbar auch auf einem zeitweise ausgestellten Banner inmitten des Hermannplatzes, das schließlich von der Polizei entfernt wurde.

Während der Veranstaltung kam es zu einer körperlichen Auseinandersetzung, bei der ein Israeli angegriffen wurde. Der anscheinend alkoholisierte Betroffene, der eigenen Angaben zufolge zufällig vor Ort war, pöbelte vor der Bühne lautstark gegen die Veranstaltung, indem er u.a. „Israel! Israel!“ und „Palestine fuck off!“ rief. Daraufhin wurde er von mehreren Personen weggedrängt und kurze Zeit später in der Nähe eines Kunststandes von ca. einem Dutzend Männer bedrängt und von mehreren geschlagen. Während aus dem im Internet kursierenden Video ersichtlich ist, dass ausgestellte Bilder umgeworfen wurden, als der Betroffene geschubst und an ihm gezerrt wurde, lässt sich die Behauptung des „Komitee Palästina Tag 2019“, der Betroffene habe randaliert und als Erster zugeschlagen, auf Grundlage des Videos nicht belegen.

In der Rede von BDS-Berlin sagte eine Rednerin, es sei das natürliche Recht der Palästinenser_innen „auf Rückkehr in ihre Heimat, und wenn das passiert, haben wir das Ende der Nakba, dann haben wir ein freies Palästina“. Dabei bezog sie sich auf den gewaltsamen „Great March of Return“, dessen Ziel es ist, die Grenze zwischen Gaza und Israel zu durchbrechen. Redner_innen des Demokratischen Komitees Palästina e.V. und der Palästinensischen Gemeinde Berlin forderten in ihren jeweiligen Reden „ein freies Palästina vom Fluss bis zum Meer“. Zu einem anderen Zeitpunkt stimmten Teile des Publikums den Sprechchor „From the river to the sea – Palestine will be free“ an. An mehreren Ständen wurden erstrebte Umrisszeichnungen eines palästinensischen Staates präsentiert, der das gesamte Gebiet zwischen Mittelmeer und dem Jordan beansprucht.

Neben diesen Äußerungen, die die Forderung nach der Abschaffung des jüdischen Staates offen zum Ausdruck brachten, delegitimierten mehrere Redner_innen Israel als rassistisches oder koloniales Unterfangen. Von einem „israelische[n] Kolonialsystem“ sprach der Redner, der für die Palästinensische Gemeinde Berlin angekündigt wurde. Die Rednerin von BDS-Berlin warf Israel „Siedlerkolonialismus, [...] Besatzung und Apartheid“ vor, während der Redner für den Bezirksverband Neukölln der Partei Die Linke die Bezeichnung Israels als „Apartheidssystem [...], vergleichbar mit dem in Südafrika“ zustimmend zitierte.

In einigen Beiträgen kam es zu ex- oder implizit geschichtsrevisionistischen Äußerungen. Mit einem Vergleich zwischen der Politik Israels und dem Nationalsozialismus relativierte ein Redner der MLPD die Schoa, als er behauptete, „Nazi-Verbrechen“ können nicht rechtfertigen, dass „heute ein anderes Volk, das palästinensische Volk, aus ihrem Land vertrieben wird mit fast denselben Mitteln und Methoden“. Die Existenz eines „Schuldults“ implizierte der Redner der LAG „Internationals“ des Berliner Landesverbands der Partei Die Linke, als er sagte, „Viele Deutsche [weigern sich] für das Recht der Palästinenser aufzustehen angesichts ihrer Geschichte. Es kann nicht sein, dass die Palästinenser bezahlen müssen für die Verbrechen der Deutschen der dreißiger und vierziger Jahre.“

Auf der Bühne gab es mehrere positive Bezugnahmen auf die in der EU-Terrorliste geführte Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP). Die PFLP hat die Abschaffung des Staates Israel zum Ziel. Eine Rede hielt die Ehefrau des inhaftierten PFLP-Generalsekretärs. Ein Vertreter der MLPD, der ebenfalls zu den Redner_innen gehörte, trug einen Schal mit einer „50“, wobei das Symbol der PFLP in die „0“ eingefügt war. Eine Vertreterin des Demokratischen Komitees Palästina e.V. bagatellierte schließlich Terrorismus als „Befreiungskämpfe“.

RIAS Berlin wurde zudem bekannt, dass es in einem Fall zu rassistischen Pöbeleien von einer außenstehenden Person gegenüber den Teilnehmenden der Kundgebung kam.

AUSWERTUNG DES QUDSTAG-MARSCHES 2019

Erstellt durch RIAS Berlin, das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA) und das Register Charlottenburg-Wilmersdorf

Das Motto des diesjährigen Berliner Qudstag-Marsches vom Adenauerplatz bis zum Wittenbergplatz in Berlin am 1. Juni 2019 lautete: „Für einen gerechten Frieden in Palästina und der Welt!“ Angemeldet waren 2.000 Teilnehmer_innen. De facto nahmen zwischen 900 und 1.000 Personen teil; die Teilnehmer_innenzahl ist damit mit jener der letzten Jahre vergleichbar. Bekannt sind organisierte Anfahrten mit Bussen aus Hamburg, Hannover, Bottrop (über Dortmund), Münster, Aachen (über Düren) und Frankfurt am Main. Der antisemitische und antiisraelische Charakter der Demonstration zog außer Gruppen aus dem Umfeld der Palästina-Solidarität auch Personen aus dem links/antiimperialistischen, neonazistischen und verschwörungsideologischen Milieu an.

Im Gegensatz zu den Jahren zuvor waren keine schiitischen Geistlichen unter den Teilnehmern des Marsches erkennbar. Ein Grund hierfür könnte die Sorge der Würdenträger um den Fortbestand der Finanzierung ihrer jeweiligen Institutionen sein. So gab es 2018 insbesondere in Hamburg breite öffentliche Kritik an der Teilnahme von Führungspersonen des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH), wie dem stellvertretenden Leiter oder dem Sprecher des IZH und Leiter der Islamischen Akademie Deutschland.

Der Qudstag-Marsch stand bereits im Vorfeld der Veranstaltung stark im Fokus der medialen Aufmerksamkeit. In mehreren Beiträgen wurde sein Verbot gefordert. Auch warf das Verbot der schiitischen libanesischen Terrororganisation Hizbollah im Vereinigten Königreich einen Schatten auf die Veranstaltung in Berlin. In der Konsequenz wurden Rufe nach der Einstufung der gesamten Hizbollah als terroristische Organisation auch in Deutschland laut.¹⁷ Fol-

17 Am 19. Dezember 2019 forderte der Bundestag die Bundesregierung auf, ein Betätigungsverbot für die Hizbollah in Deutschland zu erlassen. Vgl. Deutscher Bundestag: Bundestag stimmt für Betätigungsverbot der Hizbollah. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw51-de-hizbollah-673044> (Zugriff am 27.3.2020).



▲ Israeldämonisierung und -delegitimierung auf dem Qudstag-Marsch.

gerichtig stand in diesem Jahr die Verhinderung eines Verbots des Qudstag-Marsches im Mittelpunkt des Agierens der Organisator_innen des Marsches, wie an einer Aussage des Sprechers der ausrichtenden Quds-AG während des Marsches deutlich wird: „Wir haben eine Strategie. Wir wollen nicht, dass diese Demo verboten wird.“ Dieser „Strategie“ wurde auch die Kommunikation nach innen untergeordnet: Vom Lautsprecherwagen selber kamen nur Mitglieder der Organisationsstruktur zu Wort sowie bei der Abschlusskundgebung in einem „Interview“ ein Mitglied der jüdisch-ultraorthodoxen Gruppe Neturei Karta, die das Existenzrecht Israels nicht anerkennt.

Ziel der Organisator_innen war es, die Außenwirkung des Marsches möglichst stark zu kontrollieren. Dabei knüpften sie zwar an das Konzept der zurückliegenden Qudstag-Märsche an, bezogen sich aber zugleich stärker auf Debatten der deutschen Mehrheitsgesellschaft. So wurden einheitliche Plakate mit dem Hashtag „#niewieder“ verteilt und Argumentationsfiguren, die von der antisemitischen BDS-Kampagne genutzt werden, aufgegriffen. Nichtsdestotrotz fanden sich in den vorgegebenen Parolen und auf Schildern zahlreiche antisemitische Inhalte. Von den Organisator_innen ausgegeben wurde, wie schon in den vergangenen Jahren, ein mitgeführtes Plakat mit Porträts des Hizbollah-Generalsekretärs Nasrallah, des iranischen religiösen Führers Ali Chamenei und des damaligen Kommandanten der iranischen Quds-Einheiten Qassem Soleimani sowie dem Spruch auf Arabisch „Hizbollah – Das sind die Sieger“. Darüber hinaus hatten Unterstützer_innen der jemenitischen Huthi-Rebellen Plakate mitgebracht und verteilt, darunter mindestens eines mit Gesichtern von Nasrallah und dem Führer der Huthi-Bewegung, Abdul-Malik al-Huthi.



- ▲ Mit der Aufschrift „#niewieder“ wird die Politik Israels implizit mit NS-Verbrechen gleichgesetzt.

Nachdem der Demonstrationszug die Gegenkundgebung auf dem George-Grosz-Platz pasierte und damit das Interesse der Öffentlichkeit nachließ, hielt der Sprecher der Quds-AG auf Höhe der U-Bahnstation Kurfürstendamm eine Rede, in der er mehrere als positiv beurteilte Gewaltmaßnahmen gegen Israel aufzählte und die in ihrer Gesamtheit als Verherrlichung der Hizbollah und als Gutheißen der Gewalt anzusehen ist. Angriffe auf den Norden Israels durch die Hizbollah im Jahr 2000 wurden von ihm als „Erfolg des islamischen Widerstandes“ gefeiert: „Die Besatzungsarmee wurde im Jahr 2000 zu einer peinlichen Flucht aus dem Süden Libanons gezwungen. Das war Hizbollah!“ Diese Aussagen wurden von den Teilnehmer_innen des Marsches durch Applaus und zustimmende Rufe unterstützt. Schon vorher bezog er sich auf die Hizbollah, als er sagte, „jeder weiß auch, welche Leute wir lieben“. Erneut trugen mehrere Personen Kleidungsstücke mit Bezügen zur Hizbollah und weiteren Terrororganisationen. Auf dem T-Shirt eines Redners war auf gelbem Hintergrund eine Faust abgebildet, die die Wurzel einer oben herausragenden Zeder umschließt, eine Hizbollah-nahe Symbolik. Eine Person präsentierte zu Beginn des Marsches ein T-Shirt, das die palästinensische Terrororganisation Hamas verherrlichte. Wie in den letzten Jahren gab es positive Bezüge auf die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP): Ein Teilnehmer trug einen Button mit dem Logo der PFLP sowie einen Schal mit Porträts von Abu Ali Mustafa und George Habasch – verstorbene Führungspersonen der PFLP. Zudem präsentierte eine Gruppe von Unterstützer_innen der Huthi-Rebellen aus dem Jemen, die vom Iran unterstützt werden, neben einer großen Jemen-Fahne einige offizielle Plakate des „Ansar Allah Media Center“, das den Huthis zuzuordnen ist. Zwei Plakate zeigten den Wahlspruch der Huthis „Allahu Akbar – Tod Amerika – Tod Israel – Verdammte seien die Juden – Sieg dem Islam“.

Mehrmals riefen Teilnehmer_innen des Aufmarsches die antisemitische Parole „Kindermörder Israel“, was durch die Polizei beanstandet wurde. Kurz vor dem Wittenbergplatz wurde „Nieder mit dem Zionismus“ und vereinzelt „Raus mit den Zionisten“ skandiert. Hinzu kam der religiöse Schlachtruf „Labayka ya Hussein“ („Wir stehen Dir bei, oh Hussein!“) – eine Parole, die sich auf die historische Schlacht von Kerbela bezieht, welche die Trennung von Schia und Sunna markierte und als Signal der Bereitschaft für den Kampf einzuordnen ist bzw. von dem Anführer der Hizbollah, Hassan Nasrallah, auch so interpretiert wurde.

Bei der Abschlusskundgebung am Wittenbergplatz interviewte einer der Redner auf dem Lautsprecherwagen einen Neturei-Karta-Vertreter. Dieser gab „den Zionisten“ die Schuld an der Shoa und am Antisemitismus nach 1945. Auf die durch einen Moderator gestellte Frage, ob er am Morgen nach dem „Niedergang Israels“ „etwa Angst um [sein] Leben“ hätte, antwortete er: „The biggest enemy of Judaism is Zionism. They bring us the Holocaust in the begin. They give the boost to Hitler to kill us. And they try all the time since then to make antisemitism in all the world.“¹⁸ Diese Argumentationsfigur ist eine häufige Form des Post-Schoa-Antisemitismus: In einer Täter_innen-Opfer-Umkehr werden die deutschen Täter_innen und ihre Helfer_innen entschuldigt, während den historischen Opfern, den Jüdinnen_Juden, die Schuld an der Shoa zugeschrieben wird. Danach beendete Grassmann die Veranstaltung mit den Worten „Ich bitte und bedanke mich, nächstes Jahr werden wir, inschallah, noch freier sprechen dürfen.“

¹⁸ Hier und im Folgenden wird das Zitierte wörtlich wiedergegeben.

- ▼ Zum Artikel folgende Seite:
Aktivist_innen stören das Seret Filmfestival.



STÖRUNG DES SERET FILMFESTIVALS IM SEPTEMBER

Im Rahmen des deutsch-israelischen Film- und Fernsehfestivals Seret International, das auch von Sponsoren unterstützt wird, die sich kritisch gegenüber der derzeitigen israelischen Regierungspolitik positionieren, sollte in einem Kino in Berlin-Charlottenburg am 7. September 2019 der Netanjahu-kritische Film „King Bibi“ gezeigt werden. Im Anschluss war eine Diskussion mit dem Regisseur angesetzt.

Bereits zwei Tage zuvor fand während der Eröffnung des Filmfestivals in Mitte eine BDS-Kundgebung von ca. zehn Personen statt. Dabei präsentierten Unterstützer_innen der BDS-Kampagne vor dem Eingang des Kinos Babylon ein Transparent, auf dem das Staatswappen Israels durchgestrichen war. Daneben stand auf Englisch und Hebräisch die Parole „Say no to Apartheid“, womit Israel gemeint war. Auch wurden entsprechende Parolen gerufen.

Am 7. September betraten nach dem Beginn des Films nach und nach Personen den Filmssaal, die später an den Störaktionen beteiligt waren. Sofort mit dem Start der Diskussionsrunde startete eine choreografierte Störung der Veranstaltung. Zuerst stand ein Mann auf und schrie dabei Israel delegitimierende Slogans und bezeichnete in homogenisierender Weise alle am Festival beteiligten Organisationen als „Zionisten“. Der Bitte, den Raum zu verlassen, kam er nicht nach.

Als der BDS-Aktivist letztendlich doch den Raum verlassen hatte, stellten sich zwei Personen vor die Leinwand, die ein Transparent mit der Aufschrift „No Kultur [sic] in whitewashing Apartheid“ präsentierten. Währenddessen standen zwei Personen im Publikum auf und lasen eine Liste arabischer Namen vor; zudem riefen sie auf Deutsch „Faschisten“. Sie verweigerten sich jeglicher Diskussion und reagierten nicht auf Bitten der Festivalleitung, den Raum zu verlassen. Eine sechste Person blieb im Publikum und versuchte später, Teilnehmer_innen der Veranstaltung zu fotografieren.

Bereits im Oktober 2018 wurde eine Filmvorführung beim Seret Filmfestival im Kino Babylon, teilweise durch dieselben Personen, gestört. Die beiden damals beteiligten BDS-Aktivist_innen, von denen eine Person auch an der diesjährigen Störung beteiligt war, hatten bereits im Juni 2017 in der Humboldt-Universität eine Veranstaltung mit einer Schoa-Überlebenden gestört. In den beschriebenen Fällen stand im Mittelpunkt der BDS-Aktionen die Behinderung des Ablaufs der jeweiligen Veranstaltung: Sie verweigerten sich jeglicher Diskussion und verfolgten als einziges Ziel, das Event zu sprengen. Dabei ignorierten sie Aufforderungen der Veranstalter_innen, die Räume zu verlassen, und nahmen physische Auseinandersetzung in Kauf oder suchten diese.

IM JAHRE
1933
WURDEN HIER
AUFRECHTE DEUTSCHE
WIDERSTANDSKÄMPFER
OPFER
FASCHISTISCHER
MÖRDEN
ERKET DIE TOTEN
DURCH DEN KAMPF
FÜR DAS LEBEN

Von März bis Juni 1933 befand sich auf dem Warten-
turmgebäude ein frühes nationalsozialistisches Konzen-
trationslager.

Am Ende der Weimarer Republik, mitten im bürgerkriegs-
ähnliche Auseinandersetzungen den Aufstieg der
NSDAP zur stärksten politischen Partei befiel. Durch
die Unterstützung rechtsextremistischer Kreise wurde
Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler er-
nannt. Um seine Macht zu festigen, begann das NS-
Regime einen Terrorverstoß gegen Andersdenkende.
Das wichtigste Mittel dabei waren die Konzentrations-
lager.



In einem unterirdisch im Keller des Warten-
turmgebäude befand sich ein frühes
Konzentrationslager. Die Insassen waren
die SA, die Sturmabteilung der NSDAP, die
den vor allem politischen Gegner verhaftete
Günste für eine „Schulung“ und Erziehung
in der Lager zum „Autenbau“, persönliche Freiheit
oder blinde Kämpfer sein.
Durch diese zentrale Lager in Potsdam, Berg-
Konzentrationslager, das bei der Verhaftung
mit einer großen Menge an Gefangenen
Mit dem Abzug des Landes im Sommer 1945
wurden alle Insassen des Konzentrationslagers
Die Verbringung der Gefangenen des Konzentrations-
lagers im 1933 durch eine Gruppe von
2008

RUND UM DEN 9. NOVEMBER: ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN BERLIN

2019 jäherten sich die Novemberpogrome von 1938 zum 81. Mal. Bundesweit kam es zu zahlreichen antisemitischen Vorfällen, wenn auch das Datum weniger im Fokus von Anfeindungen stand als der runde Jahrestag 2018. In Berlin setzte sich der positive rückläufige Trend fort – im Vergleich zu den neun Vorfällen 2018 verringerte sich die Anzahl der antisemitischen Vorfälle mit Bezug zum 9. November 2019 um mehr als die Hälfte auf vier. RIAS Berlin dokumentierte eine gezielte Sachbeschädigung und drei Fälle von verletzendem Verhalten: eine Anfeindung gegen eine Gedenkveranstaltung sowie zwei Versammlungen, bei denen antisemitische Inhalte reproduziert wurden. Ein Vorfall ging vom rechten Milieu aus, einer von dem des antiisraelischen Aktivismus. Bei den verbleibenden beiden Vorfällen lagen nicht ausreichend Informationen für eine Zuordnung vor. Bis auf eine gezielte Sachbeschädigung im Bezirk Pankow ereigneten sich alle Vorfälle in Mitte.

Am Jahrestag verbreiteten bei einer rechtsextremen Demonstration aus dem Reichsbürger_innen-Milieu in Mitte mehrere Sprecher antisemitische Verschwörungsmythen. So behauptete ein Redner mehrfach, Deutschland würde von „Zionisten“ regiert.

Wie schon am 9. November 2017 und 2018 wurde, ebenfalls in Mitte, auf einer Kundgebung aus dem Umfeld des BDS Berlin der Staat Israel als „Apartheid“ delegitimiert.

Am Abend des Jahrestags pöbelte ein Mitarbeiter einer Fast-Food-Kette Teilnehmer_innen der jährlichen Gedenkdemo in Moabit an und setzte dabei die Politik Israels mit NS-Verbrechen gleich.

Am 16. November wurde im Prenzlauer Berg festgestellt, dass am Gedenkort für das SA-Konzentrationslager am Wasserturm, in das auch Jüdinnen_Juden verschleppt wurden, die Informationstafel gezielt beschädigt worden war.

- ◀ Beschädigte Informationstafel am ehemaligen Standort des SA-Konzentrationslagers am Wasserturm, Prenzlauer Berg, 16. November.

ANTISEMITISCHE REAKTIONEN IN SOZIALEN NETZWERKEN IM KONTEXT DER AKTIONEN DES ZENTRUMS FÜR POLITISCHE SCHÖNHEIT¹⁹

Am Montag, dem 2. Dezember, stellte das Künstler_innenkollektiv Zentrum für Politische Schönheit (ZPS) am Platz der Republik in Berlin-Mitte eine Stele auf, in der laut eigener Aussage Asche von Menschen eingelassen war, die das nationalsozialistische Regime ermordet hatte. Auch aus anderen Städten wurden Stelen gemeldet, so aus Meldung gibt es über Stelen in Arnstadt, Chemnitz, Cottbus, Dresden und Halle (Saale). Markiert waren diese mit den GPS-Daten der angeblichen Fundorte sowie mit dem Vermerk „positiv“ oder „negativ“, was wohl das jeweilige Ergebnis des Tests einer Probe auf menschliche DNA war. Neben mehreren der Stelen wurde zudem das Gedicht „Die Asche von Birkenau“ von Stephan Hermlin ausgestellt.²⁰ Konzipiert war die Aktion als Mahnung vor einer erneuten Selbstabschaffung der Demokratie.

Am 3. Dezember kritisierte die Orthodoxe Rabbinerkonferenz Deutschland (ORD) die Aktion des ZPS, insbesondere die Verletzung der Totenruhe und die Instrumentalisierung des „Tod[es] von Millionen von Menschen für ein obszönes Kunstspektakel“.²¹ Am nächsten Tag veröffentlichten die Künstler_innen ein Statement, in dem sie Fehler zugaben und Überlebende, die Nachkommen der Getöteten sowie jüdische Verbände und Einzelpersonen um Entschuldigung baten. Die Stelen außerhalb Berlins wurden daraufhin entfernt, jeweils ohne

¹⁹ Dieser Monitoring-Bericht basiert auf Materialien der RIAS – BK aus dem Dezember 2019, vgl. <https://www.facebook.com/BundesverbandRIAS/posts/151232292949613> und <https://www.facebook.com/notes/bundesverband-rias-ew/antisemitische-reaktionen-in-sozialen-netzwerken-im-kontext-der-aktionen-des-zps/153262642746578/> (Zugriff jeweils am 25.3.2020). Da die exponierteste und zugleich am längsten stehende Stele – sie wurde erst am 16. Januar 2020 abgebaut – am Platz der Republik in Berlin-Mitte platziert war, wird der Bericht mit der freundlichen Genehmigung des Bundesverbands RIAS e.V. abgedruckt.

²⁰ Gegen diese Nutzung des Gedichts wehrte sich die Familie des Dichters in einem offenen Brief: „Niemand wäre Stephan Hermlin damit einverstanden gewesen, Asche von Opfern der Shoa zu irgendeinem Zweck zu benutzen und dieser Funktionalisierung sein Gedicht beizugeben.“ In ihrem Brief verlangte die Familie zu erfahren, wo überall solche Stelen aufgestellt wurden und wo die Proben aus diesen hingebracht werden. Auf den offenen Brief der Familie hat das ZPS bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts nicht geantwortet. Vgl. <https://www.facebook.com/stella.hindemith/posts/10219358206498810> (Zugriff am 25.3.2020).

²¹ Stellungnahme der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland auf Facebook. <https://www.facebook.com/ORD-Orthodoxe-Rabbinerkonferenz-Oberrabbinat-Deutschland-2602217209798222/> (Zugriff am 25.3.2020).



- ▲ Zustand der Säule am Berliner Platz der Republik am 5. Dezember.

eine über die Stellungnahme vom 4. Dezember hinausgehende Erklärung. Die Stele in Berlin wurde am 7. Dezember überarbeitet: Das Sichtfenster, das die Bodenprobe enthielt, wurde überklebt und ein vorläufiges Betonfundament – nach Aussage des ZPS durch ein „Sonderbetonkommando“²² – gegossen. Die in der Stele befindliche Asche wurde Rabbiner_innen zur Beisetzung übergeben.

²² Stellungnahme des ZPS auf Twitter. <https://twitter.com/politicalbeauty/status/1203948063255080961> (Zugriff am 25.3.2020). Der Begriff „Betonkommando“ bezeichnete ein Arbeitskommando von Insassen von Auschwitz-Monowitz, die gezwungen wurden, „15 bis 30 m unter der Erde gelegene Bunker zu errichten, die als Luftschutzunterstände dienen. 1944 arbeiteten in diesem schweren Kommando 35 jüdische Kinder aus Ungarn im Alter von acht bis zwölf Jahren.“ Webseite des Wollheim Memorials, „Häftlingsarbeitskommandos“. <http://www.wollheim-memorial.de/de/haeftlingsarbeitskommandos> (Zugriff jeweils am 25.3.2020).

Die Aktionen des ZPS zogen eine Debatte nach sich, die für viele Jüdinnen_Juden in Deutschland erschütternd und mitunter persönlich verletzend war. Vielfach bewirkte sie, dass sich Jüdinnen_Juden wider Willen einer öffentlichen Diskussion stellen mussten, bei der sie die Angemessenheit ihres individuellen Gedenkens an ihre Angehörigen vor der postnationalsozialistischen Mehrheitsgesellschaft rechtfertigen mussten. Eine Instrumentalisierung der Opfer der Schoa für andere politische Ziele, wie sie bereits der Aktion des ZPS eigen war, zeigte sich in Kommentarspalten bei Facebook und Antworten auf Twitter. Zudem kam es dort nach unserer Analyse seitens der Unterstützer_innen der Aktion wiederholt zu antisemitischen und bagatellisierenden Argumentationsmustern und persönlichen Anfeindungen gegen jüdische Einzelpersonen oder Aktivist_innen:

1. **Übertragung von Verantwortung für gesellschaftliche Misstände:** Jüdische Kritiker_innen dieser Aktion des ZPS wurden wiederholt mit dem Vorwurf konfrontiert, nichts gegen den aktuellen Rechtsruck zu tun.
 - Am 4.12. auf Twitter, direkt an eine jüdische Journalistin, die sich vorher kritisch zu der Aktion geäußert hatte: „Was machst du, um deiner Verantwortung gerecht zu werden?“
 - Am 4.12. auf Twitter, an einen jüdischen Journalisten: „Sind Sie genau so empört, wenn ein Asylbewerber von Nazis tätlich angegriffen wird?“
 - Am 4.12. an einen jüdischen Journalisten: „Warten wir still und ruhig bis zu nächsten Machtergreifung.“²³
 - Am 5.12. auf Facebook an eine jüdische Aktivistin: „Regt sich jemand auf, dass im Elsass auf französischer Seite jüdische Friedhöfe wirklich geschändet worden sind. Bis jetzt sah ich noch keinen Post dazu. Scheinheilige Doppelmoral ist das.“
 - Am 5.12. auf Twitter an eine jüdische Repräsentantin: „Die jüdischen Verbände in Deutschland fordern immer lauter: Es muss mehr Geschichtsbildung in Schulen geben. Jetzt wurde mehr Geschichtsbildung von denselben Verbänden blockiert. Kann Mensch sich nicht ausdenken!“

²³ Hier und im Folgenden wird das Zitierte buchstabengetreu wiedergegeben.

2. **Inszenierung moralischer Überlegenheit gegenüber Jüdinnen_Juden:** Den Nachfahren von Opfern der Schoa wurde wiederholt vorgeworfen, sich nicht selbst um die Schicksale der ermordeten Familienmitglieder gekümmert zu haben. Viele Kommentator_innen zeichneten das ZPS als alleinigen Akteur für die Würde der Opfer der Schoa. Hierzu trug die Selbstinszenierung des ZPS bei, das von den Nachkommen „Wertschätzung“ für seine Aktion einforderte. So schrieb ZPS auf Twitter gegenüber einem jüdischen Aktivist: „Wir hoffen, dass die Angehörigen wertschätzen können das wir die Opfer des Holocaust der Lieblosigkeit entrissen haben“ (sic).²⁴ Diese Behauptung wurde dann vielfältig gegen Angehörige der Opfer der Schoa eingesetzt.

- Am 2.12. auf Twitter an einen jüdischen Aktivist: „Wäre es dir lieber, die Asche deines Großvaters wäre weiterhin unter einem Feldweg oder Bahndamm als Füllmaterial begraben?“
- Am 2.12. auf Twitter an zwei erkennbar jüdische Personen: „Wäre die Asche denn vergessen im Damm besser aufgehoben?“
- Am 4.12. auf Twitter an einen jüdischen Journalisten: „Irgendwo auf dem Feld, in Dämmen verbaut oder auf Müllkippen verstreut lag die Asche natürlich viel würdevoller ...“

3. **„Jüdische Sonderrolle“:** In sozialen Netzwerken wurde wiederholt Jüdinnen_Juden vorgeworfen, sie würden die Meinungen Angehöriger anderer Opfergruppen im Holocaust ignorieren und eine „Sonderrolle“ für sich beanspruchen:

- Am 5.12. auf Twitter an eine jüdische Journalistin: „Sie benutzen ihren Urgroßvater auch gerade ... Es scheint okay zu sein wenn es jüdische Menschen mit Ihren Vorfahren machen ...“
- Am 5.12. auf Twitter an einen jüdischen Journalisten: „Das Leid von Millionen zum persönlichen Eigentum und nem ‚Vorrecht‘ auf Meinungshoheit zu machen, ist ne ziemlich miese Nummer.“
- Am 5.12. auf Facebook an eine jüdische Aktivistin: „Ganz ehrlich – ich wünsche mir von ‚weißen‘, den selben Aufschrei, wenn es um die Geschichte des Genozid der Nativen und Schwarzen handelt! Als wenn es sich um ‚weiße‘ jüdisch Gläubige handeln würde ...“

²⁴ Der entsprechende Tweet wurde kurze Zeit später gelöscht. Ein Screenshot kann z.B. unter <https://twitter.com/bennympfischer/status/120183105777143809> eingesehen werden (Zugriff am 25.03.2020).



UNSERE ANGEBOTE

Vertrauensvolle Annahme anonymer Meldungen antisemitischer Vorfälle

Vermittlung von weitergehenden Unterstützungsangeboten (juristisch, psychologisch, politisch sowie Betroffenen- und Antidiskriminierungsberatung)

Unterstützung bei Anzeigenstellung und Kontaktstelle für die Polizei

Unterstützung bei öffentlicher Kommunikation der Erfahrungen

Auskünfte über antisemitische Ausdrucksformen, Gruppen, Ereignisse

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und Beobachtungen antisemitischer Vorfälle über die Meldeseite www.report-antisemitism.de oder die Mobilnummer **0152 / 13 36 21 98** mitteilen.

facebook.com/AntisemitismusRechercheBerlin

twitter.com/Report_Antisem

RIAS Berlin ist ein Projekt des

vdK

verein für demokratische kultur in berlin –
initiative für urbane demokratieentwicklung e.v.

gefördert von

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

berlin Berlin

Senatsverwaltung
für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung

